



**Programm Bürgerbewegung - Duisburg**  
(Sozialkapitalistische Arbeiter Bewegung)

1. Auflage Juli 2007 © Andreas Akwara



Inhalt:

## **A. Bundes-/ Landespolitik**

### **Präambel**

- 1. Steuerpolitik**
- 2. Wirtschaftspolitik**
- 3. Arbeitsmarktpolitik**
- 4. Bildungspolitik**
- 5. Energiepolitik**
- 6. Verkehrspolitik**
- 7. Familienpolitik**
- 8. Rentenpolitik**
- 9. Gesundheitspolitik**
- 10. Innenpolitik**
- 11. Außenpolitik**
- 12. Sicherheits- und Verteidigungspolitik**



### Präambel

**Deutschland liegt am Boden. Die Situation ist trost-, aber nicht aussichtslos. Wir müssen endlich etwas unternehmen.** Wir befinden uns in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit. Auch wenn weltkonjunkturelle Einflüsse Deutschland, vor allem wegen seiner zentralen Lage in Europa und seines großen Exportmarktes, überproportional beeinflussen, erklärt dies nicht warum unser Land, früher zugehörig zu der Weltelite in allen führenden Gebieten, heute in Europa eher als „Wachstumsbremse“ gilt, ja in vielen Bereichen dem Ausland hinterherhinkt.

Dieses muss ein Ende haben. Deutschland muss wieder eine führende Rolle in allen wesentlichen Gebieten spielen. **Vor allen Dingen muss aber darauf geachtet werden, dass Veränderungen sozial gerecht sind und es nicht nur zur Umverteilung von unten nach oben kommt. Die derzeitigen Maßnahmen sind sozial extrem ungerecht.**

Die wesentliche Ursache für unsere miserable Wirtschaftssituation liegt **nicht** in erster Linie in der weltweit schlechten Konjunktur sondern in der „Verkrustung“ unserer Strukturen. Was bisher geschah, war eher ein „Kratzen an der Kruste“ als ihr Aufbrechen.

Diese Programminitiative soll als 1. Schritt in diese Richtung verstanden werden und soll unserem Land wieder die Möglichkeit geben voller Zuversicht und Hoffnung in die Zukunft sehen zu können, anstatt Angst vor ihr zu haben.

### **Welche Gesellschaft benötigen wir?**

Das umfassendste Problem unserer Gesellschaft ist die Gesellschaftsform an sich. Jegliche Korrekturen am bestehendem politischem System sollte zuerst die Frage nach deren Notwendigkeit für das Gesamtbild der Gesellschaft lösen. Somit ist es klar, das eine zukunftsweisende Bewegung zunächst diese Frage beantworten sollte, um daraus logische Schlußfolgerungen für die politische Arbeit finden zu können. Dies ist die Grundlage für die Politik aus einem Guß.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört auch eine aktive soziale Verantwortung des Staates, die greift, wenn der Einzelne nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft für die Absicherung der großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter Vorsorge zu treffen. Ein so ausgestaltetes Sozialsystem, das seinem Charakter nach subsidiär ist, ist nicht Fremdkörper, sondern produktiver Faktor in der Sozialen Marktwirtschaft.

Die soziale Verantwortung gilt aber nicht nur für den Staat und seine Organe sondern auch und im besonderen für die Menschen, die in dem Staat leben, die den Staat bedeuten.

**Sozial** entstammt dem Lateinischen und bedeutet:

Gesellig, gesellschaftlich, auf die Gemeinschaft bezogen, die Beziehungen zwischen den Menschen betreffend; menschenfreundlich, **der Gesellschaft dienend**, den Regelungen des gesellschaftlichen Verhaltens entsprechend.

Diese **Sozialbindung des Eigentums** wird im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in **Artikel 14** (2) deutlich festgeschrieben. Und nicht nur die Freizügigkeit gemäß Artikel 11 GG.

Der so definierte und umgesetzte Sozialbegriff sollte unser aller Handeln bestimmen. Hier liegt die gesellschaftliche Verpflichtung jedes Einzelnen, seinen Egoismus zurückzustellen und sich für die Gesellschaft zu engagieren. Jeder muss überlegen, wie und womit er der Gemeinschaft helfen, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten er der Gemeinschaft geben kann.

Wir erkennen, dass unsere Gesellschaft mit dem Erstarken des monokapitalistischen Systems, und durch die de Facto Ausbeutung des „kleinen Mannes“, einen Weg beschreibt, auf dem der „Ottornormalverbraucher“ dem Kapital mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert ist.

Durch den Ausverkauf deutscher Aktiengesellschaften an den internationalen Börsen und dem gleichzeitigen Abbau heimischer Arbeitsplätze zu Lasten unserer Sozialsysteme, gefördert von unseren Steuertöpfen, zeigt sich eine wirtschaftliche Dekadenz, deren Ursprung allerdings in der vorhergehenden politischen Dekadenz liegt.

Das Resultat sind steigende Arbeitslosigkeit, Armut, Kinderlosigkeit, Frustration und Bildung extremistischer Gruppen mit Aggressionspotenzial. Somit wird hierdurch dem Staat die wesentliche Grundlage dafür entzogen, seinen Bürger ein Maximum an Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit zu garantieren.

Ein weiterer Faktor, welcher in Deutschland wesentlich zur Armut, reduzierter Kaufkraft und somit zu einer schwachen Binnenkonjunktur beiträgt ist die Inflationsrate von bis zu 100% seit der Euro-Einführung. Vor allem die Bereiche Lebensmittel, Textilien, Gastronomie und Tourismus sind hiervon betroffen. Dieser Misstand ist einer fehlenden Weitsicht der deutschen Politik zu schulden, aber besonders auch deren eigener Verflechtung in einem System, welches sie somit nicht mehr adäquat korrigieren können. Verflechtungen bestehen in den Strukturen der Aufsichtsräte, Vorstände und Gewerkschaften.

Weitere Zeichen dieser politischen Dekadenz sind die überproportional gestiegenen Energiepreise der letzten Jahre. Auch hier wird billigend in Kauf genommen, dass der Bürger immer mehr an Kaufkraft verliert zugunsten der Profitmaximierung der Energieriesen. Diese Milliardengewinne werden politisch unterstützt, um sich ebenfalls am internationalen Aktienwettbewerb mächtig aufstellen zu können, um dann kleinere Unternehmen aufzukaufen und damit seine marktbeherrschende Stellung auszubauen, Monopolstrukturen zu festigen und weitere Milliardengewinne zu erzielen.

Die Politiker der SPD, CDU, Linke, FDP und Grüne sitzen in vielen Unternehmen, bei Gewerkschaften als Beiräte etc, können wir da wirklich erwarten, dass der Bürger objektiv vertreten wird? Diese Generation von Politikern sind ihre verschiedenen Bezüge wichtiger als ihre eigentliche Aufgabe wahrzunehmen: nämlich dem Bürgern, dem Volk, zu dienen.

**Jeder hat die Pflicht der Treue gegen Volk und Verfassung. Er hat die Pflicht, am öffentlichen Leben Anteil zu nehmen und seine Kräfte zum Wohle der Allgemeinheit einzusetzen. Er ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, Ehrenämter anzunehmen.**

Wie würde eine solches „Dienen“ aussehen? :

Man sieht heute, dass Protestwähler insbesondere „links“ wählen. Die Notwendigkeit für eine neue soziale Politik wird hier erkannt ohne sich meist über die Folgen des damit verbundenen Erstarken des Sozialismus als Gesellschaftsform im klaren zu sein. Das Rezept des Sozialismus als Vorstufe zum Kommunismus fußt auf derselben Erkenntnis wie wir sie beschreiben, nämlich dass dem Kapital nicht eine Vorherrscherrolle in der Gesellschaft zu Lasten des Volkes gegeben werden darf und Interessen des bürgerlichen Gemeinnutzes höchste Priorität in der Gesellschaft gegeben werden sollte.

Anstatt einer Diktatur des Kapitals fordert der Sozialismus/Kommunismus jedoch eine genauso einseitige Diktatur der Arbeiterklasse (Proletariats). Es soll hier also der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben werden. Diese Schlußfolgerung von Marx und Lenin ist fatal und wird nicht den heutigen politischen Anforderungen gerecht.

Warum? Die Diktatur des Kapitals sollte zwar überwunden werden, jedoch würde eine Diktatur des Proletariats in unserer heutigen Gesellschaft zu Kapitalflucht, Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit, Armut, sinkende Steuereinnahmen und zur Insolvenz des Staates führen.

**Unsere Antwort:** Ein Mittelweg.

Es ist von der Bevölkerung absolut richtig beobachtet und wahrgenommen, dass durch die Einführung des Euros die Gehälter und Mieten zwar nur geringfügig gestiegen sind, die Nebenkosten für Wohnraum und insbesondere die Artikel des täglichen Grundbedarfs massiv verteuert wurden. Die Selbstverpflichtung von Handel und Gewerbe hat nicht gehalten und auch derzeit erleben wir wieder die Situation, dass zwar Scheinangebote gemacht werden, in Wirklichkeit aber die Mehrwertsteuererhöhung zu einer deutlichen Preissteigerung geführt hat.

Der Begriff des „**Gemeinnutzes**“ ist in einer funktionierenden Gesellschaft zu definieren und mit einem rechtlichen Rahmen zu versehen. Als Gemeinnützig sind u.a. folgende Artikel des täglichen Bedarfs, also der Grundversorgung der Bevölkerung, zu nennen (ausgenommen jeweilige Luxusartikel z.B. Kaviar bei Fischprodukten):

- Teigwaren (Brot, Brötchen, Kuchen etc)
- Milchprodukte
- Obst und Gemüse
- Fleisch-/ Fischprodukte
- Kartoffel
- Babynahrung
- Strom, Gas und Wasser
- Einfache Gastronomie
- öffentliches Verkehrsnetz
- Wohnungsbau für Familien und Sozialwohnungsbau
- Medikamente
- Hilfsmittel für Gesundheitsfürsorge
- Windeln
- Einfache Textilprodukte

Unternehmen, die gemeinnützige Produkte verkaufen bzw. Gemeinnütziges anbieten, sollen durchaus von Privatunternehmen geführt werden, jedoch mit der unbedingten Auflage, den gemeinschaftlichen Charakter der Ware in so fern zu berücksichtigen, als dass diese Produkte durch das Wirtschaftsministerium und Verbraucherministerium zur Einhaltung bezahlbarer Preise kontrolliert werden. Wir machen dabei beispielhaft darauf aufmerksam, dass einfache Brötchen mit ca. 25 Cent eine Gewinnspanne von 200% haben, ähnlich verhält es sich bei einer Kugel Eis mit ca. 70 Cent. Ein Liter haltbare Milch hat zu DM-Zeiten ca. 55 Pfennig gekostet. Er kostet jetzt ca. 59 Cent. Der sozialversicherungspflichtige Angestellte hat somit seit 2001 ca. 100% Inflationsrate zu zahlen, obwohl sein Gehalt NICHT entsprechend gestiegen ist. Dies ist die wesentliche Ursache für den sinkenden Wohlstand und den auf Dauer schwachen Binnenmarkt. Eine Verstaatlichung der Unternehmen wäre aber insofern kontraproduktiv, da private Unternehmensführungen traditionell deutlich mehr Engagement für das Unternehmen aufbringen und somit die besseren Geschäftsführer sind. Der Staat könnte sich somit lediglich auf die Aufgabe beschränken sicherzustellen, dass gemeinnützige Produkte zu vernünftigen Preisen angeboten werden.

Die Kosten für z.B. Gas, Strom und Wasser wären somit staatlich zu beschränken. Dieses würde im wesentlichen die Bevölkerung vor dem Ausbluten durch das Kapital schützen. Auch Kapitalgesellschaften wären in so fern vom Staat zu kontrollieren. Es muss verhindert werden, dass sie steuersubventioniert ihren Sitz nach außerhalb Deutschlands transferieren dürfen und dabei umfangreiche Personalkürzungen vornehmen. Ausländische Investoren dürften diese auch nicht ohne weiteres zerschlagen. Diesbezügliche EU-Regelungen sind energisch entgegenzutreten. Derzeit werden mit Geldern der Europäischen Union Industrieansiedlungen in den neuen Mitgliedstaaten gefördert. Die finanziellen Mittel dazu werden aus den Mitgliedstaaten erwirtschaftet. Das bedeutet, dass der deutsche Arbeitnehmer den Abbau seines eigenen Arbeitsplatzes durch seine Steuerleistung bezahlt.

In anderen Ländern ist es durchaus üblich, auch in Europa, das beispielsweise die Energiekosten staatlich festgesetzt werden. Das passiert auch in Luxemburg und dort kostet der Liter Benzin 25 Cent weniger als in Deutschland. Kein Finanzpolitiker in Deutschland hat Interesse daran, die Besteuerung des Benzins und des Diesels beispielsweise auf feste Beträge zu begrenzen, da jede Verteuerung auf den internationalen Märkten zu zusätzlichen Steuereinnahmen führt.

Weiterhin soll bei einem einheitlichen Steuersatz von bis zu 25% alle Steuersubventionen gestrichen werden, um dann lediglich ein staatliches Familienbauprojekt einzuleiten, indem deutschen Familien oder ausländischen Familien mit unbeschränkter Aufenthaltsgenehmigung mit mindestens 1 Kinder adäquate und zweckmäßige Reihenhäuser subventioniert bauen können. Arbeitsentgelt bis 1.500 € ist der Lohnsteuer zu befreien.

Das jetzige Steuerklassenmodell würde dann abgeschafft und Steuervergünstigungen würden nur Familien mit Kinder bekommen. Familie ist dadurch zu definieren, dass mindestens ein Erziehungsberechtigter sich um mindestens ein Kind kümmert. Somit wäre eine allein erziehende Mutter ebenfalls eine Familie. Diese allein erziehenden Mütter haben jedoch heute die Steuerklasse 1 während verheiratete Homosexuelle nach unserem jetzigem System steuerlich in Klassen 4 oder 3 begünstigt werden. Diese Gruppen würden nach unserem System keine steuerliche Vergünstigung bekommen.

Die Familiensiedlungen aus dem Familienbauprojekt würden dann ebenfalls ausreichend Betreuungsmöglichkeiten und Erholungsmöglichkeiten anbieten, indem für ein ausgewogenes soziales Umfeld mit Kinderbetreuung, Sportmöglichkeiten und ansprechendem Lebensraum gesorgt wird.

Die Jugend ist stärker nach dem Prinzip von „Recht und Ordnung“ zu mehr Verantwortungsgefühl zu erziehen. Auch wenn die Überwiegende Mehrheit der Lehrer sich mit viel Hingabe der Ausbildung und Vermittlung von Wissen widmet, so muss auch bei der Minderheit der Lehrkräfte sichergestellt sein, dass sie zum Wohle des Nachwuchses entscheidend beitragen.

Kennedys Plädoyer, an das zu denken, was man für sein Staat tun kann, ist dabei der Grundgedanke. Eine Identifizierung des einzelnen mit dem Staat ist zwingende Voraussetzung für die Möglichkeit eines Staates, seinen Bürgern Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit bieten zu können. Ohne diese Identifikation sinkt die Bereitschaft des Einzelnen, dem Staat zu nutzen und Schaden von ihm abzuwenden. In der Kumulative führt dies zu der jetzigen Situation, in der Bürger dem Staat in allen Bereichen schaden, dabei aber nicht merken, dass sie sich selbst damit schaden. Der Schüler, der also Kaugummi auf die Strasse spuckt oder die Füße in der Straßenbahn auf die Sitze legt ist genauso als „Verantwortungsloser“ zu sehen wie der Millionär, der um Steuern zu sparen ins Ausland zieht.

Die Antworten der Gesellschaft der Zukunft sind nicht in den Rezepten der Vergangenheit zu suchen oder gar zu finden.

**Die Gesellschaft der Zukunft benötigt eine NEUE Gesellschaftsform** - die hier beschriebene.

Aus dem Verständnis des Verhältnisses des Einzelnen zu seinem Staat resultiert auch die Unmöglichkeit einer effektiven Weltgemeinschaft der Staaten, in der die Ressourcen der Erde allen Menschen zu gleichen Teilen gehören.

Nur wenn jedes Land für sich als Einheit besteht, kann eine solche Identifikation stattfinden. Diese Identifikation setzt immer gemeinsame Werte voraus. Der Mensch als solches definiert sich über Sprache, Religion und Kultur. Afrika ist ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn unabhängig von diesen Parametern Grenzen und Länder erschaffen werden. Eine Identifikation des Einzelnen mit seinem Land finden dort kaum statt. Dafür aber eine umso größere mit seiner jeweiligen „Stammeskultur“. Da unterschiedlichste „Stammeskulturen“ allerdings in gemeinsame Grenzen gepresst wurden, kommt es immer wieder zu Bürgerkriegen. Das Land wird ausgeraubt und von westlichen Staaten geplündert, Bodenschätze an internationale Konzerne verkauft, die wiederum diese Situation in den armen Ländern Afrikas und Asiens schamlos ausnutzen. Das Schicksal der Bürger ist ewige Korruption und Armut.

Afrika selbst ist jedoch ein potentiell reicher Kontinent. Vernünftig geführt, mit industrieller Landwirtschaft, Sonnenenergienutzung, Wasseraufbereitungsanlagen etc. könnten die Bürger der Staaten Afrikas durchaus einen vernünftigen Wohlstand genießen. Wer glaubt, durch großzügige Asylregelungen, freie Grenzen etc. dieser Problematik Herr zu werden, täuscht gewaltig. Das Gegenteil ist der Fall. In der Realität verstärkt er das Problem sogar, da der Afrikaner NICHT mehr das Problem erkennt und nach einer Lösung sucht, sondern es vorzieht, dass in jeweils einer Familie mindestens ein arbeitsfähigen Familienmitglied in eines der reichsten Länder dieser

Welt flieht und durch Arbeit oder Sozialleistungen dann in seiner Heimat die ganze Großfamilie ernähren kann. So bleibt alles beim alten und immer mehr Kinder werden in bitterer Armut geboren.

Anstatt Entwicklungshilfe projektbezogen zu organisieren, die dann industrielle Landwirtschaft etc. aufbaut, werden den korrupten Machthabern Devisen überwiesen, die aber nie beim Volk ankommen.

Für ideologisierte Träumer ist es aber einfach, für großzügige Asylregelungen und freie Grenzen zu plädieren; weitaus schwieriger ist es, das Problem wahrhaftig zu erkennen und an seiner Wurzel anzupacken. Ein Brennesfeld würden wir auch nicht dadurch bekämpfen, dass wir einzelne Blätter herausreißen.

Eine Weltgemeinschaft sollte somit nationale Souveränität fördern, weil nur dann eine individuelle Identifikation mit dem Staat möglich ist, wenn der einzelne Bürger langfristig Wohlstand genießt. Das jetzige Bestreben des Kapitals eine kapitalgesteuerte Weltregierung aufzubauen, in der das Kapital als einziges gemeinschaftliches Gut die Weltgemeinschaft bindet und deren Werkzeug, die internationalen Aktienmärkte und der Zins und Zinseszins ist, ist demnach Einhalt zu gebieten, da er nach obiger Theorie dem Volk Armut und Abhängigkeit bringen wird, Einzelnen jedoch unermesslichen Reichtum.

Eine Weltgemeinschaft des Kapitals ist lediglich zu dem Zweck aufzubauen, von Armut oder Katastrophen befallene Nationen zu unterstützen. Nicht indem man ihnen Devisen leiht und deren Rückzahlung an Zins und Zinseszins knüpft, welche dann ebenfalls diese Länder abhängig machen (der IMF hat lange so zum Ruin der „Dritte Welt“ Länder beigetragen), sondern indem projektbezogene Hilfe angeboten wird.

An diesem Beispiel sehen wir die Diskrepanz zwischen gut gemeinter Theorie und Wirklichkeit.

Für die Weltgemeinschaft bedeutet dies nichts anderes als dass nur vernünftige staatliche Strukturen mit gemeinsamen Werten die Voraussetzung für einen Staat bilden, in dem die Bürger ein Maximum an Wohlstand besitzen. Dies bildet auch den Hintergrund für eine zukunftsgerichtete Integrationspolitik, weil die aufgezeigten Zusammenhänge Berücksichtigung finden müssen, um alle Bürger am bestehenden Staat mit Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit teilhaben zu lassen.

Hiernach erfordert das diesbezügliche Konzept, dass die gemeinsamen Werte der Gesellschaft unbedingt von den Immigranten respektiert werden müssen. Passiert dies nicht, entstehen Parallelgesellschaften ohne Identifizierung mit dem Staat, was wiederum zu Armut, Frustrationen und dann Bildung extremistischer Gruppen und Aggressionen führt. Diese Entwicklung schadet dann dem Staat.

Vor diesem Gedanken glauben wir, dass wir uns als Land nicht scheuen dürfen, eine „Leitkultur“ vorzugeben, die lediglich das widerspiegelt, was unbewusst sowieso die Gesellschaft zusammenhält, nämlich die gemeinsame Kultur, Sprache und Religion. Selbstverständlich beinhaltet dies auch Toleranz gegenüber anderen Religionen, jedoch benötigt eine Gesellschaft diese gemeinsamen Werte als festes Fundament für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ihre Stärke. Es wäre für ein Land vernichtend anzunehmen, dass durch eine gewissen „Anarchie“ jeder nach seiner eigenen Fassung selig werden könnte.

Die Kunst der modernen Gesellschaft ist somit Individualität zuzulassen und zu fördern, jedoch nicht zum Nachteil einer notwendigen Wertegemeinschaft. Es muss auch den Verfechtern der Individualität bewusst sein, dass eine Gemeinschaft nur dann

existieren kann, wenn der einzelne Bürger seiner Rechte bei den berechtigten Interessen und Individualrechten des Mitmenschen beschränkt. Der Staat benötigt dieses Grundprinzip, um erfolgreich für seine Bürger da sein zu können. Der Gedanke der Leitkultur bedeutet in der Konsequenz auch, dass man durchaus das Tragen von Kopftüchern für Beamtinnen oder Angehörigen des öffentlichen Dienstes verbieten kann ohne gleichzeitig auch das Aufhängen von Kreuzen zu verbieten. Als deutlich christlich geprägtes Land dürfen wir dem Trend der Beliebigkeit nicht unterliegen. Die Folgen wären fatal für die Gesellschaft und somit für das Land.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine adäquate Integration ist aber auch die Bereitschaft der heimischen Gesellschaft die Einwanderer zu integrieren. Die oben angesprochenen bindenden Werte einer Gemeinschaft oder eines Landes (Sprache, Kultur, Religion) sind auch an äußere Erscheinungsmerkmale geknüpft. Diese Entwicklung passiert in der Gesellschaft unwillkürlich, aber sehr wirkungsvoll. Dies bedeutet, dass es jemand, der äußerlich deutlich sichtbar dem „üblichen“ Erscheinungsbild der jeweiligen Gesellschaft NICHT entspricht, es deutlich schwieriger hat, seine Integration zu erreichen als jemand, der zwar einen anderen kulturellen Hintergrund hat, aber äußerlich dem Durchschnitt der jeweiligen Gesellschaft nahe kommt.

Dieses Phänomen ist überall auf der Welt zu erkennen. So unterscheiden sich z.B. auch in Afrika die „Stammeszugehörigkeiten“ nicht nur an religiösen und kulturellen Fragen, sondern auch phänotypischen Charaktermerkmalen, also Aussehen. So passiert es dort oft, dass Mitglieder anderer Stämme dort selbst innerhalb eines Landes enormer Diskriminierung ausgesetzt sind.

Um demnach die Bereitschaft der heimischen Bevölkerung, ohne die eine Teilhabe an Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit nur eingeschränkt möglich ist, die Bereitschaft zur Aufnahme der Einwanderer zu maximieren, sollte berücksichtigt werden, dass eine Gesellschaft so funktioniert wie oben dargestellt.

Instinktiv nimmt die heimische Bevölkerung eine deutliche Zunahme „Fremder“ als Bedrohung wahr. Einzelne werden oft und gerne in eine Gesellschaft integriert, nimmt die Anzahl der „zu integrierenden Fremden“ deutlich zu, ist immer eine Abnahme dieser Bereitschaft zu erkennen. Bei weiter wachsender Anzahl der Integrationswilligen schlägt eine ursprüngliche Zustimmung für eine Aufnahme sogar in generelle Ablehnung um. Diese „Fremden“ werden dann als Bedrohung wahrgenommen. Interessanterweise können ähnliche Entwicklungen auch in der Tierwelt festgestellt werden, in der durchaus einzelne Gruppen einer Art einzelne andere Tierarten in ihrer Gemeinschaft aufnehmen und pflegen. Mehrere würden jedoch immer als „Feinde“ betrachtet.

Selbstverständlich sind alle Menschen als einzige Spezies Homo Sapiens zu sehen, trotzdem hat der Mensch jedoch gelernt, für ihn wichtige Unterschiede in ähnlicher Weise zu deuten. Dies führt dann in der Realität dazu, dass vor allem junge Kinder aus Einwandererfamilien von der heimischen Gesellschaft nicht integriert werden, selbst wenn sie dies wollten. Diese bilden dann Parallelgesellschaften und die Folge ist Arbeitslosigkeit, Armut, Frustrationen, Bildung extremistischer Gruppierungen und später Aggressionen gegen die heimische Gesellschaft.

Ähnliche Entwicklungen sind jedoch auch in der heimischen Gesellschaft festzustellen, indem Frustrationen über die deutliche Zunahme Immigranten resultieren, die dann ebenfalls zur Bildung extremistischer Gruppen und Aggressionen führen.

Mit dem Verständnis für die zuvor dargestellten Zusammenhänge können wir dieser Problematik effektiv begegnen.

Die Antworten der Politik auf die Herausforderungen der Zukunft sollten somit die neuesten Erkenntnissen der „Weltgemeinschaft“ beherzigen. Der Sozialismus und Kommunismus ist daher genauso ungeeignet wie der pure Kapitalismus.

Das beschriebene System der Zukunft ist deshalb der:

### **Sozialkapitalismus.**

Der Kapitalismus fußt auf den drei Konzepten Privateigentum, Markt und Wettbewerb, in deren Rahmen die drei realen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital ihre produktive Dynamik entfalten. Das Eigentum denkt, der Markt lenkt, und der Wettbewerb peitscht.

Der daraus resultierende Wirtschaftsprozess benachteiligt den Faktor Arbeit gegenüber dem Faktor Kapital. In Europa ist die Idee tief verwurzelt, dass die wachsende Zahl von Habenichtsen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, den demokratischen Staat gebrauchen können, um ihre wirtschaftlichen Interessen gegen die viel kleinere Zahl von Reichen wirksam vertreten zu können. Es ist tatsächlich so, dass durch die Mächtigen der Wirtschaft der so genannte kleine Mann immer noch ausgebeutet wird und die Manager sich traumhafte Gehälter oder auch Abfindungen gönnen. Hier ist Handlungsbedarf, gegebenenfalls auch über den Gesetzgeber. Zum Beispiel in Form des Sozialkapitalismus.

**Sozialkapitalismus** ist der staatlich gezähmte Finanzkapitalismus, die Aufwertung der Arbeit kombiniert mit der Kontrolle des Kapitals, die Einschränkung der individuellen Profite durch soziale und ökologische Kollektivinteressen, die Bindung des Finanzwesens an die Realwirtschaft.

Sozialkapitalismus schafft Arbeit durch Kontrolle des Profits, Finanzkapitalismus maximiert Profit auf Kosten der Arbeit. In einem Bild gesprochen: Der Finanzkapitalist ist der Goldgräber, der aus blinder Geldgier das eigene Grab schaufelt, weil er Arbeiter für ihn graben lässt bis der Schacht über den Arbeitern zusammenfällt, nachdem er diese mit Billiglöhnen entlohnt und selbst Millionen verdient hat. Der Sozialkapitalist ist der Goldgräber, der die tödliche Gefahr des zu tiefen Loches realisiert und sich seiner Verantwortung für seine Mitarbeiter bewußt ist. Er läßt seine Mitarbeiter am Produktivkapital teilhaben, gibt sich selbst, den Mitarbeitern und deren Familien damit Planungssicherheit und ist somit ein großer Nutzen für die Gemeinschaft und damit des Staates.

Dieses kann die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Politik und damit Gesellschaft sein, in deren Eigentum, Unternehmertum und Eigeninitiative gefördert werden, aber der Staat durch eine straffe Organisation und eines dem Bürgern verpflichtendem Gemeinnutzgedankens seinen Bürgern ein hohes Maß an Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit bieten kann.

Da jedes Land für sich spezifische Anforderungen hat, und man das politische Konzept eines Landes nicht zwingend auf ein anderes übertragen kann, gilt es für die Zukunft im Rahmen dieses Sozialkapitalismus individuelle länderspezifische Lösungen zu erarbeiten. Somit kann der realpolitische „deutsche Sozialkapitalismus“ vom z.B.

französischem unterscheiden werden. In der Grundanalyse jedoch bleibt er unverrückbar und unverändert. Dadurch könnte unsere Welt eine bessere Welt für alle werden.

Wir haben die Vision, dass von Deutschland ausgehend dieses Schule macht und dass sich die Mehrheit der Bürger an der Umsetzung einer solchen Gesellschaftsform beteiligen, auf dem Boden unseres Grundgesetzes und unserer Verfassung.

### **Europäischer Sozialkapitalismus**

Weshalb soll der europäische Finanzraum im Kommen sein? Nach dem Scheitern der europäischen Verfassung ist auch der franko-germanische Traum von der Supermacht Europa, die Helmut Kohl und François Mitterrand nach dem Ende des Kalten Krieges im Blick hatten, vorerst ausgeträumt.

Europa braucht ein neues Leitbild. Das Fiasko der Idee eines völlig neuen europäischen Bundesstaates ist gleichzeitig die Wiederkehr des Europa der Vaterländer (Charles de Gaulle), also des Modells des auf gemeinsamen Wirtschaftsinteressen fußenden Staatenbundes. Angesagt sind damit die Renationalisierung der innereuropäischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, was unter den europäischen Staaten einen von den US-dominierten globalen Märkten mehr oder weniger abgekoppelten, europäischen Wirtschafts- und Finanzraum entstehen lässt. Eine solche Raumwirtschaft der Nationen Europas ist die Antithese zur neoliberalen freien Marktwirtschaft der Unternehmungen. Mittelfristig könnte dieser europäische Wirtschafts- und Finanzraum eine spezifische Variante des Kapitalismus herausbilden, den wir als europäischen Sozialkapitalismus bezeichnen möchten.

Der Satz Kennedys „... denket nicht was der Staat für euch tun kann, sondern was ihr für den Staat tun könnt.“, ist die Grundlage dieser neuen Gesellschaftsform.

Diese Vision ist dann auch die Voraussetzung dafür, dass der Staat durch den Willen der Bevölkerung zur Gemeinsamkeit stark wird und somit adäquate soziale Leistung erbracht werden kann. Die Einhaltung dieser Gesetzgebung wird den größten wirtschaftlichen Aufschwung seit Ludwig Erhard hervorrufen.

Dies ist der Schlüssel zum Erfolg in der Zukunft. Für den Einzelnen wie auch für unser Land.

## **A. Bundes-/Landespolitik**

### **1. Steuerpolitik**

Arbeitsplätze entstehen nur durch Investitionen. Dafür brauchen die Investoren, die Unternehmer, Geld und Nachfrage von den Verbrauchern. Also müsse sowohl die Nachfrage der Verbraucher als auch die Investitionskraft der Unternehmer gesteigert werden. Dazu muss beiden von dem erzielten Einkommen bzw. Gewinn genügend Geld übrig bleiben, d. h. der Staat darf Ihnen nicht durch zu viele Steuern und Abgaben wegnehmen. Das ist nicht das alleinige Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber es ist der entscheidende Punkt, der Dreh- und Angelpunkt aller Reformen.

**Niedrige Steuern sind das entscheidende Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.**

Aber die Steuern müssen nicht nur **niedrig** sein, das Steuersystem muss auch **einfach** und vor allen Dingen **gerecht** sein.

Es gibt in Deutschland zur Zeit 211 Steuergesetze. Aber darüber hinaus gibt es auch in vielen anderen Gesetzen noch steuerrechtliche Vorschriften, insgesamt mindestens 70.000 Paragraphen. Alle zur Zeit bestehenden Sonder- und Ausnahmeregeln müssen gestrichen werden.

Unsere europäischen Nachbarn kommen mit einem wesentlich geringeren „Spitzensteuersatz“ (27,75 % in den Niederlanden) bei der Einkommensteuer aus. Das müssen wir auch können. Weiterhin darf der so genannte „Eingangssteuersatz“ nicht 15 % betragen, sondern muss knapp über 0 % liegen. Eine so radikale Steuersenkung kann nicht in einem Zuge realisiert werden, über einen Zeitraum von 6 Jahren sollte eine Umstellung möglich sein.

Mit der Einführung des neuen Steuersystems wird der Grundfreibetrag auf 10.000 € festgesetzt. In zwei weiteren Stufen wird er jeweils um 3.000 € im Abstand von 3 Jahren erhöht, sodass nach einem Umstellungszeitraum von 6 Jahren der Grundfreibetrag 18.000 € beträgt.

Die Abgabe einer Steuererklärung beim Finanzamt muss so einfach sein, dass für sie im Normalfall eine DIN A 4 Seite ausreichend ist.

Die sogenannte „Ökosteuern“ gehört selbstverständlich ersatzlos abgeschafft.

### **Erster Grundsatz: Einkommen aus Erwerbstätigkeit wird gefördert**

Das Einkommen aus Erwerbstätigkeit erhält einen höheren Stellenwert als alle anderen Einkunftsarten. In einer sozialen Gesellschaft ist der Faktor Mensch höher zu bewerten als der Faktor Geld.

### **Zweiter Grundsatz: Jedes Einkommen wird nur einmal besteuert.**

Daher muss zum Beispiel die frühere sogenannte „Anrechnungsmethode“, welche die jetzige Regierung unsinnigerweise abgeschafft hat, wieder eingeführt werden. Das heißt: ausgeschüttete Gewinne, die schon vom Unternehmen versteuert wurden, werden beim Anteilseigner nicht noch einmal versteuert; vielmehr wird die vom Unternehmen gezahlte Steuer auf die persönliche Einkommensteuer des Anteilseigners angerechnet.

### **Dritter Grundsatz: Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.**

Dies ist ein alter und eigentlich unbestrittener Grundsatz im deutschen Steuersystem. „Der Steuertarif muss einen gleichmäßigen Belastungsanstieg aufweisen.“ ( Prof. Kirchhof im Urteil über die Höhe des Grundfreibetrages 1992).

Die Politiker diskutieren immer nur über den so genannten „Grenzsteuersatz“, über „Spitzensteuersatz“ und „Eingangssteuersatz“. Der normale Bürger versteht überhaupt nicht, worüber die Politiker eigentlich reden. Den normalen Steuerpflichtigen interessiert nur, wie viel ihm insgesamt von seinem Bruttoeinkommen an Steuern abgezogen wird.

Dieser Steuersatz – in Prozent ausgedrückt – ist der sogenannte „Durchschnittssteuersatz“. Und für diesen gilt die Forderung, dass er mit steigendem Einkommen gleichmäßig steigen muss. Und dies muss für den Steuerpflichtigen auf den ersten Blick aus der Steuertabelle ablesbar sein.

## Je höher das Einkommen, desto höher die Steuer – in Prozent des Einkommens.

Leistung muss sich wieder lohnen.

### 1.1

Spitzensteuersatz von 25% auf alle Steuerarten und konsequente Streichung der Subventionslandschaft. Das Einzige, was steuerlich gefördert werden muss, sind Familien mit Kinder (s. Familienpolitik) bzw. deren Wohnsituation.

### 1.2.

Beibehaltung der 400,- €-Pauschale (früher DM 630,- Jobs).

Von dem Wegfall dieser Regelung waren vor allem Familien und Niedrigverdiener betroffen, die damit ihre Haushaltskasse aufgebessert haben. Beschäftigung wurde damit nicht gefördert, sondern verhindert. Wir müssen Beschäftigung fördern, wo immer es geht.

### 1.3.

Steuerfreistellung für Existenzgründer/Selbständige für die ersten 3 Jahre nach der Existenzgründung.

Gerade Existenzgründer brauchen in den ersten Jahren den Rücken frei, um am Markt überleben zu können. Steuernachzahlungen und Vorauszahlungen haben schon viele neue Betriebe zerstört, noch bevor sie richtig Fuß gefasst haben. Viele dieser Betriebe hätten, wenn sie wegen Steuerpfändungen nicht Konkurs hätten machen müssen, viele neue Arbeitsstellen geschaffen, die unser Land dringend braucht. Wir müssen alles unternehmen, um Existenzgründungen zu fördern, da sie die Arbeitsplätze von morgen sichern. Die folgenden Steuerausfälle könnten mit kurzfristigen Krediten überbrückt werden, bis die Wirtschaft anspringt und durch das Schaffen von Arbeitsplätzen und steuerpflichtigen Betrieben wieder Geld in die Staatskassen fließen.

### 1.4.

Steuerfreistellung für Kapitalvermögen ab € 500 000,- angelegt auf einer deutschen Bank/ Versicherung in Deutschland. Wir können es uns nicht länger leisten, dass unsere Einkommensmillionäre mit ihren Millionen ins Ausland gehen und damit z.B. Schweizer oder Luxemburgische Banken ihre Reserven füllen, während unsere Banken ums Überleben kämpfen und wenig Kredit Spielraum z.B. für die Kreditvergabe an Existenzgründer und Mittelständlern haben. Wenn all die Milliarden deutscher Einkommensmillionäre in Deutschland angelegt wären, wäre dies eine riesige Finanzspritze für die Deutsche Wirtschaft, da die entsprechenden Institute mit diesem Geld arbeiten könnten. Dies ist eine indirekte Besteuerung und ein realistischer Umgang mit Einkommensmillionären in Zeiten der Globalisierung und der Unabhängigkeit von Kapital.

### 1.5.

Modernisierung der Beamtenbesoldung (Besoldung nach Arbeitsleistung)

Abschaffung der Ökosteuer (s. Rentenpolitik). Zweckgebunden Abgabe für Investitionen in Wasserstoffbrennzellenenergie, deren Forschung und die flächendeckende Bereitstellung von entsprechenden Tanksäulen und deren Motoren inklusive Flugzeugmotoren. Zur Zeit gibt es keine Energiequelle, die so wirtschaftlich und zugleich sauber ist. Wir müssen hier international führend werden, um so schneller unabhängig von dem Rohstoff Öl zu werden und

auch im Klimaschutz Maßstäbe setzen zu können. Keine weiterer Ausbau oder gar steuerliche Förderung der Windkraftträder.

1.6.

Änderung des Steuersystems nach Steuerklassen. Ehepartner, welche sich in einer schlechteren Steuerklasse, meist Steuerklasse 5, befinden während der Hauptverdiener in Steuergünstigen Klasse 3 verbleibt, haben wenig Anreiz arbeiten zu gehen. Dies muss jedoch gefördert werden. Es muss also ein jeder separat besteuert werden, bzw. jeder Haushalt als Einheit. Jedoch erhält die Familie insgesamt eine Steuererleichterung wenn Sie Kinder hat. Ohne Kinder entfällt dieser Bonus. Alleinerziehende sind auch berechtigt, diesen Steuervorteil zu bekommen (siehe Familienpolitik) Das jetzige System, welches alleinerziehende in der Steuerklasse 1 vorsieht, ist eine Benachteiligung dieser Erziehenden und nicht hinnehmbar. Steuerklassen 5 und 6 sind arbeitshemmend und als solches abzuschaffen.

## 2. Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft ist der treibende Motor eines jeden Staates. Von der Wirtschaft hängt ab, wie viele Menschen Arbeit haben und somit ihren Lebensstandard unterhalten und durch ihre Abgaben den Staat und Sozialversicherungssysteme stabil halten können. Dies zeigt, dass eine gute Wirtschaftspolitik im erheblichen Maße zum Wohlstand des Staates und dessen Bürger beiträgt.

Gerade in Zeiten zunehmender Globalisierung müssen wir, um wieder international konkurrenzfähig zu werden, Arbeitskosten und Lohnkosten anpassen. Längere Arbeitszeiten, weniger Urlaub und Feiertage und deutlich geringere Arbeitskosten bzw. Lohnnebenkosten sind unbedingt erforderlich, um erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen zu können. Dazu gehören:

2.1.

Reduzierung bürokratischer Regelungen im Gewerbebereich

2.2.

Bürokratische Hindernisse müssen insbesondere in den neuen Bundesländern überwunden werden. Das Fehlen eines Meisterbriefes darf bei kleinen Betrieben kein Hindernisgrund für eine selbständige Tätigkeit sein. Der Erfolg des Betriebes hängt von der Kundenzufriedenheit ab und nicht direkt von einem Meisterbrief

2.3.

Entmachtung der Gewerkschaftsfunktionäre. Stärkere Möglichkeit der betrieblichen Selbstbestimmung unabhängig von einer Tarifautonomie

2.4.

Abschaffung des Solidaritätszuschlages

## 3. Arbeitsmarktpolitik

Auch in diesem Bereich ist nicht nur enormes Einsparungspotential, sondern die Möglichkeit durch grundlegende Änderungen, auch in der Einstellung der Bürger, dafür zu sorgen, dass jede Form der Arbeit besser angesehen wird als Mittel aus Sozialkassen zu beziehen. Die Leistungsabteilungen der Bundesagentur für Arbeit müssen dieses reflektieren. Die genannten Maßnahmen sollen ein Anreiz für Arbeitsfähige sein, auch Arbeit zu bekommen und anzunehmen. Nur wirklich Hilfsbedürftige dürfen langfristig Leistungen über die Bundesagentur für Arbeit beziehen. Entsprechende Änderungen würden den Kostenapparat der Bundesagentur für Arbeit erheblich senken und zu einer Senkung der Beitragshöhe führen. Den Begriff des HARTZ VI wollen wir ersatzlos streichen. Eine Rückkehr zur Differenzierung zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosengeld scheint zwingend erforderlich, wobei arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger über die Kommunen dem Ordnungsdienst der jeweiligen Kommune zugeteilt werden müssen.

Arbeitsfähige Arbeitslose werden ebenfalls für 4 Stunden täglich dem Ordnungsdienst zur Verfügung gestellt. Dies würde den Kommunen erlauben, gemeinnützige Tätigkeiten effektiv zu organisieren und das kommunale Erscheinungsbild deutlich zu verbessern - bei gleichzeitiger Zuführung vieler Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger einer sinnvollen Arbeit mit Aufstiegschancen.

3.1.

siehe oben bezüglich € 400, - Jobs.

3.2.

Das Hauptmotto muss heißen: Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit! Jeder, der arbeitet, muss mehr verdienen als jemand, der nicht arbeitet. Der Unterschied zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit muss deutlicher spürbar sein.

3.3.

Streichung des „Hartz IV“ Konzepts. Zurückgliederung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld/-Hilfe. Anwartschaft besteht erst bei 5 Jahren sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit. Bis 10 Jahren Beitragszahlung beträgt der maximale Leistungsbezug 12 Monate. Bis 20 Jahren, 16 Monate Leistungsbezug und danach 24 Monate Leistungsbezug. Arbeitslosengeldbeiträge werden halbiert und nur noch vom Arbeitnehmer gezahlt. Arbeitslosengeld II wird nur noch über die Kommunen gezahlt als Sozialhilfe.

3.4.

Begrüßung des „1 Euro Jobs“ für Sozialhilfeempfänger. Gemeinnützige Arbeit muss angenommen werden. Ausnahme eine Erziehungsberechtigte bis zum Schulalter des jüngsten Kindes.

3.5.

Möglichkeit der privaten Vermittlung von Arbeitslosen vom 1. Tag der Arbeitslosmeldung an und die Förderung privater Arbeitslosenvermittler durch Prämienzahlungen durch die Bundesagentur für Arbeit

3.6.

Unterstützung von Existenzgründern auch ohne eine Vorlaufzeit als Arbeitsloser

3.7.

Förderung des Niedriglohnbereiches

3.8.

Abschaffung des Gesetzes der „Scheinselbständigkeit“. Dieser Begriff alleine ist diskriminierend. Jede Form der freiwillig gewählten Selbständigkeit muss unterstützt werden, da sie unsere Arbeitsplätze von morgen sichern.

3.9.

Mindestgröße des Betriebes für die Schaffung eines Betriebsrates sind 20 Mitarbeiter. Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes, Anpassung des Mitbestimmungsrechts in Unternehmen mit der Möglichkeit, dass die Geschäftsführung ohne Betriebsrat Zustimmung entscheiden darf, wenn Betrieb sich im „gestörtem wirtschaftlichem Verhältnis befindet“.

3.10.

Lockerung des Kündigungsschutzes. Kündigungsschutz erst ab 20 Vollzeitmitarbeitern

3.11.

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 80%.

3.12.

Möglichkeit der von Gewerkschaften unabhängigen Beschlussnahme, wenn Betriebsrat und Geschäftsführung dieses beschließen

3.13.

Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für Mütter, Väter und pflegende Angehörige

#### **4. Bildungspolitik**

**Bildung ist mehr als Wissen!** Bildung heißt zunächst, mit Wissen umgehen zu können, Zusammenhänge zu erkennen zwischen den gewussten Tatsachen, aber auch zwischen neu auftauchenden Fakten, Hintergründe zu verstehen, Ursachen und Wirkungen zu begreifen und zu entdecken. Wissen ist also nur die Voraussetzung, das Vehikel für Bildung.

**Bildung ist immer Allgemeinbildung!** Spezialwissen vermittelt keine Bildung, so nützlich es auch sein kann und so dringend erforderlich es auf vielen Gebieten ist. Dafür gibt es die Ausbildung. Das ist die Vermittlung spezieller Kenntnisse und Fähigkeiten für einen bestimmten Verwendungszweck – zum Beispiel für einen Beruf.

**Bildung heißt letzten Endes, sich in unserer gesamten Kultur auskennen, in ihr geistig „zu Hause sein“.** Eine vollständige Allgemeinbildung umfasst daher auch ausreichende Kenntnisse über die geschichtlichen Wurzeln unserer abendländischen Kultur, ausgehend von der Kultur der alten Griechen und Römer. Bildung ist also zunächst zweckfrei.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Folglich ist unsere Investition in deren gute Bildung und Erziehung die Voraussetzung für eine gute Zukunft. Die Erziehung muß auch Werte wie Fleiß, Anstand, Pünktlichkeit und Nächstenliebe fördern, eben die Werte welche unser christlich geprägtes Land trägt. Auch hier sollten grundlegende Änderungen vorgenommen werden, um im internationalen Vergleich konkurrenzfähig zu sein.

4.1.

Leistung sollte gefördert werden. Mathematik, Naturwissenschaften und Wirtschaft sollte eine größere Rolle zugewiesen werden. Vergleichsmöglichkeiten zwischen Schulen gefördert werden. Schüler sollten sich zunehmend mit Ihrer Schule identifizieren können

4.2.

Schulwappen und Schuluniform für offizielle Anlässe z.B. Quizveranstaltungen, interschulische Debatten zwischen den Schulen. Diese Uniformen müssten lediglich bei diesen Anlässen getragen werden und könnten ein „Stolzgefühl“ für seine jeweilige Schule entwickeln. Eigenverantwortung der Schüler, auch in schulhygienischen Angelegenheiten, muss gefördert werden. ( z.B. Schulhof aufräumen)

4.3.

Religionsunterricht nicht mehr unterteilt in evangelisch und katholisch als Pflichtfach, sondern einen allgemeinen Religionsunterricht, in welchem dem Schüler, Prinzipien, Lehren, Hintergründe aller wesentlichen Religionen vermittelt werden. Dies dient der Verständigung zwischen den Kulturen und der Toleranz für einander. Der Religionsunterricht erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache als Pflichtfach für alle Schüler. **Separate Religionsschulen sind somit nicht zu fördern und zu schließen – zumindest der staatlichen Kontrolle zu unterstellen.**

4.4.

Schüler mit besonders hervorstechenden Leistungen müssen öffentlich gefördert werden, z.b. durch Stipendien. Privatschulen/ Eliteschulen müssen unterstützt werden, an welchen unsere intelligentesten Schüler unterrichtet werden.

4.5.

Hochschulen müssen sich ihre Studenten selber aussuchen dürfen

4.6.

Einführung von Eliteuniversitäten und Förderung von Forschung an diesen Schulen

4.7.

Leistungsgerechte Besoldung der Lehrerberufe

4.8.

Beibehaltung des „Länderbildungssystems“, jedoch mit länderübergreifenden Abitur und Mittlere Reife-Standards bzw. Prüfungen.

4.9.

Einführung von Studiengebühren

4.10.

Einführung einer „Deutschschule“ für Schüler mit mangelhaften Deutschkenntnissen. Voraussetzung für den Besuch einer deutschen Schule sind ausreichende Deutschkenntnisse. Falls diese nicht vorhanden sind, müssen „Deutschschulen“ vorher besucht werden, die die deutsche Sprache **und** Kultur vermitteln. Diese Schulen bezahlen die Eltern der einzugliedernden Kinder. Erfolgt dies nicht, oder wird diese Schulausbildung mehrfach nicht bestanden, muss dieses als mangelnde Integrationsmöglichkeit mit der möglichen Konsequenz der Ausweisung der Familie beurteilt werden.

4.11.

Leistung muss bereits in der Grundschule gefördert werden. Leistungsstarke Kinder dürfen nicht mehr so oft durch leistungsschwache Schüler behindert werden. Der schlechte soziale Einfluß von „Problemschülern“ auf potentiell leistungsstarke Schüler muss verhindert werden.

4.12.

4 Jahre Grundschule ist die Regel, danach Differenzierung in Haupt-, Real-, Gymnasium. **Gesamtschulen** müssen wieder abgeschafft werden, da sie zu sehr alle drei Schulformen zusammenmischen. Auch hier ist zu beobachten, dass leistungsschwache Schüler und Problemschüler aus den Hauptschulen Gymnasialschüler negativ beeinflussen.

4.13.

Abitur nach der **12 Klasse**. Dabei ist mehr auf Qualität als auf Quantität der Abiturenten zu setzen.

4.14.

Kopftuchverbot für Schüler an allen deutschen Schulen.

4.15.

Alkohol-/ Rauchverbot an allen deutschen Schulen.

4.16.

Eine Verpflichtung der Lehrer, sich ihrer Vorbildfunktion entsprechend zu kleiden. Sind die Lehrkräfte dazu nicht bereit, sind sie aus dem öffentlichen Schuldienst zu entlassen.

4.17.

Der Unterricht findet ausschließlich in **deutscher** Sprache statt.

## **5. Energiepolitik**

### **Energieeinsparung ist die beste Energiequelle**

Bei der Verringerung des Energieverbrauchs sind in den letzten Jahrzehnten erfreuliche und ganz erhebliche Fortschritte erzielt worden. Und man kann getrost davon ausgehen, dass in der Zukunft weitere Fortschritte erzielt werden.

Das gilt für alle Bereiche: für die Hauswärme, für den Kraftstoffverbrauch der Kraftfahrzeuge wie der Flugzeuge und für die Produktionsmaschinen der Industrie. Auch der Stromverbrauch – insbesondere der Haushaltsgeräte – ist drastisch gesenkt worden.

Das ganze Ausmaß der möglichen Energieeinsparung gerade in diesem Bereich ist noch gar nicht abzusehen. Trotzdem bleibt dieses Thema ein Schwerpunkt der staatlichen Energiepolitik. Auch wenn Ausnahmeregelungen im Steuerrecht immer

problematisch sind, muss hier insbesondere mit günstigeren Abschreibungsregelungen der Realisierung des Fortschritts nachgeholfen werden.

### **Die fossilen Energiequellen sind besonders problematisch.**

In einem Liter Benzin steckt eine Pflanzenmasse von rund 23 Tonnen, die über Millionen von Jahren hinweg durch Druck und Hitze zu Erdöl wurde. (Berechnungen der Universität von Utah, „Climatic Change“ Bd.61, 2003) Seit Beginn der industriellen Revolution im Jahr 1751 hat die Menschheit schon so viele fossile Brennstoffe verbraucht, wie in 13.300 Jahren auf der gesamten Erde an Pflanzenmasse nachwachsen.

Das zeigt, dass wir von den in Jahrmillionen entstandenen fossilen Energiereserven der Erde so große Mengen endgültig verbrauchen, dass dies vor den nachfolgenden Generationen gar nicht zu verantworten ist. Deshalb muss in der Energiepolitik ein besonderes Augenmerk auf die Schonung der fossilen Energiequelle gelegt werden. Insbesondere Erdöl und Erdgas sind eigentlich viel zu wertvoll, um verbrannt zu werden.

Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass alle Berechnungen über die verfügbaren Reserven an Erdöl und Erdgas immer wieder durch neue Funde überholt werden. Im Ergebnis kann für die letzten Jahrzehnte festgestellt werden, dass durch neue Erkundungen der Bodenschätze mindestens ebenso viel an neuen Vorräten gefunden wurden, wie „unter den heutigen technischen und wirtschaftlichen Bedingungen“ zur Förderung zur Verfügung stehen.

### **Wegen der Endlichkeit der fossilen Brennstoffe muss ihr Verbrauch verringert werden, wie immer und wo immer das möglich ist.**

Die Vielfalt der regenerativen Energiequellen ist schier unübersehbar. Sie reicht von der **Geothermie**, also der Gewinnung von Energie aus dem Erdboden oder dem Grundwasser, über Wind-, Sonnen-, Wasser- und Gezeitenkraftwerke bis zur Energiegewinnung aus Biomasse der verschiedensten Art. **Die meisten neuen Energiequellen dieser Art haben eher punktuelle Bedeutung.** Solange sie als Inseln betrieben werden, nicht zuletzt um dadurch Leitungen zu sparen, haben sie große Vorteile. Sobald sie aber die Einspeisung in das örtliche und überörtliche Netz zum Ziel haben, ergeben sich Probleme, weil dann immer große Mengen an so genannter „Regelenergie“ bereitgehalten werden müssen, sodass ihr Beitrag zur Deckung des gesamten Energiebedarfs per Saldo sehr gering ausfällt.

Für **Windenergieanlagen** zum Beispiel muss immer die gleiche Kraftwerkskapazität in Betrieb sein, um jederzeit einspringen zu können, wenn der Wind nachlässt. **Daher können noch so viele Windkraftanlagen nicht ein einziges Kraftwerk überflüssig machen.** Zeitungsmeldungen etwa, nach denen 17 Windkraftanlagen in einem Stadtgebiet einen ganzen Stadtteil mit Strom versorgen können, sind schlicht irreführend.

**Das noch größere Problem bei den Windenergieanlagen ist jedoch die schwere Beeinträchtigung der Landschaft.** Windenergieanlagen mit einer Höhe von bis zu 140 Metern und Flügeln mit über 80 Metern Durchmesser sind in keiner Landschaft verträglich und daher in keiner Weise hinnehmbar. Hinzu kommen die exorbitanten direkten und indirekten Förderungen, die die Investitionen in solche Windenergieanlagen geradezu zu einer „Lizenz zum Gelddrucken“ machen. Meldungen über die große Zahl von Arbeitsplätzen, die in dieser neuen Industrie

geschaffen worden sind, verschweigen, dass jeder dieser Arbeitsplätze stärker gefördert wird als die Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau. Wenn in den nächsten Jahren die sogenannten „Einspeise-Vergütungen“ allmählich sinken, wird die Rechnung der Investoren nicht mehr aufgehen. Da sich dieses negative Ergebnis der Investitionsrechnungen jetzt schon erkennen lässt, macht sich in der Branche der Windenergie-Anlagenbauer jetzt schon Unsicherheit breit. Das Ende dieser viel bejubelten alternativen Energiegewinnung lässt sich damit schon jetzt absehen.

Für die **Photovoltaik** liegen Chancen im Inselbetrieb im kleinen Maßstab, z. B. für Parkuhren und Verkehrsschilder. Die Chancen der Hersteller liegen aber in weit größeren Dimensionen in der so genannten Dritten Welt. Dort ist eine Photovoltaikanlage im Inselbetrieb wesentlich wirtschaftlicher als die Verlegung von geradezu unvorstellbar langen Leitungen. Photovoltaikanlagen haben daher die Chance, zu einem großen Exportschlager für die deutsche Wirtschaft zu werden.

### **Es geht nicht ohne Kernenergie.**

Bei allen Bemühungen um Energieeinsparung und um die Steigerung des Wirkungsgrades, bei allen Fortschritten bei der Gewinnung alternativer und regenerativer Energie wird es niemals möglich sein, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung zu ersetzen, beträgt er doch heute über 30 Prozent.

Das Problem der Kernenergie ist nicht ein technisches Problem und nicht ein Problem der objektiven Sicherheit sondern ein politisch-psychologisches Problem. Die Beinahe-Katastrophe in Harrisburg (USA) und die Riesenkatastrophe in Tschernobyl haben den meisten Menschen den Glauben an eine mögliche Sicherheit von Kernkraftwerken genommen. Deshalb ist ihnen auch nur schwer zu erklären, dass zwischen einem deutschen Kernkraftwerk mit neuestem technischen Standard und einem Kernkraftwerk vom Typ Tschernobyl ein Unterschied besteht wie zwischen einer Wellblechgarage und dem Hochsicherheitsbunker von Fort Knox, in dem die amerikanische Notenbank ihre Goldvorräte eingelagert hat.

Die neueste deutsch-französische Entwicklung des „Europäischen Druck-Reaktors“ (EPR) hat noch einmal eine wesentliche Steigerung der Sicherheit von Kernkraftwerken gebracht. Aber die Tatsache, dass es einhundertprozentige Sicherheit auf dieser Welt nicht gibt, verhindert, dass Zweifler überzeugt werden können. Gegner der Kernenergie aus ideologischen Gründen können ohnehin nicht überzeugt werden, da braucht man sich erst gar keine Mühe zu machen. Denn Ideologen leben immer nach dem Grundsatz: „Ich lasse mir doch von lächerlichen Fakten nicht meine vorgefasste Meinung kaputt machen.“

Schließlich ist die Kernenergie von großer wirtschaftlicher Bedeutung, weil sie im sogenannten Grundlastbereich, also dem Anteil des Stroms, der kontinuierlich rund um die Uhr 365 Tage im Jahr in gleicher Menge benötigt wird, von den Kosten der Erstellung und damit dem Preis von keiner anderen Energieart ersetzt werden kann. Das ist für Teile der deutschen Industrie, die einen großen Strombedarf haben, wie z.B. Elektro-Hochöfen zur Verhütung von Schrott, Aluminiumschmelzen, Chemieanlagen und ähnliche Anlagen von existenzieller Bedeutung. Wenn der Strompreis für derartige Anlagen in Deutschland noch steigen sollte, sind diese Betriebe zur Auswanderung gezwungen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurden sie ja auch von der „Ökosteuern“ praktisch ausgenommen.

Wir kommen um **drei Feststellungen** nicht herum:

1. Wir brauchen die Kernenergie zur Deckung unseres Energiebedarfs. Eine Alternative dazu ist nicht zu erkennen.
2. Strom aus Kernenergie ist im so genannten Grundlastbereich in Preis und Kosten nicht zu schlagen.
3. Das Restrisiko beim Betrieb von Kernkraftwerken **deutscher** Bauart mit dem neuesten technischen Standard ist so gering, das es vertretbar ist, diese Kernkraftwerke zu bauen und zu betreiben.

Auch die Endlagerung abgebrannter Brennstäbe und nuklear verstrahlten Materials in einem Salzstock wie dem in Gorleben, ist technisch mit einem außerordentlich hohen Maß an Sicherheit machbar und damit auch politisch vertretbar.

Den Erhalt der Sockelförderung im Bergbau ist zwingend erforderlich, um einerseits die politische Erpressbarkeit vom Ausland zu verhindern und eine Grundversorgung andererseits sicherzustellen. Es sind alle politischen und rechtlich möglichen Schritte zu unternehmen, um einheimische Arbeitsplätze und eine sinnvolle Nutzung eigener Ressourcen zu erhalten.

**Die Besteuerung der Energie in Deutschland bedarf einer grundlegenden Korrektur  
Die Einführung der sogenannten „Ökosteuer“ durch die rot-grüne Bundesregierung ist ein Stück aus dem politischen Tollhaus!**

Die damit angeblich angestrebten Erfolge wurden nicht erreicht und sind damit auch nicht erreichbar. Sie bringen ausschließlich eine Verteuerung des Energieverbrauchs der Normalverbraucher, also der privaten und der nicht-energieintensiven gewerblichen Wirtschaft. Die Energie-Großverbraucher mussten zwangsläufig praktisch von der Ökosteuer ausgenommen werden, weil dies das wirtschaftliche Ende dieser Betriebe bedeutet hätte. Die angebliche Umwelt-Wirkung konnte und kann daher nicht eintreten. **Die umweltpolitische Begründung ist unsinnig.**

Die durch die Ökosteuer bewirkte Preiserhöhung der Kraftstoffe für Kraftfahrzeuge ist reine staatliche Abzockerei. Die fadenscheinige Bemäntelung, dass der Erlös aus der Ökosteuer zur Senkung oder doch zumindest zur Stabilisierung der Rentenbeiträge verwandt werden solle, wurde von der Bevölkerung durchschaut und völlig zu Recht mit dem Spruch quittiert: „Rasen für die Rente“. Diese Begründung liegt auf demselben beklagenswert niedrigen Niveau wie die Begründung, die Einnahmen aus der erhöhten Tabaksteuer würden benötigt zur Deckung der versicherungsfremden Leistungen der Krankenkassen, was bei der Bevölkerung – wiederum zu Recht – zu der paradoxen Antwort führte: „Rauchen für die Gesundheit.“

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Ökosteuer dumm, falsch und schädlich ist. Und deshalb gehört sie weg – und zwar schnell! Interessanterweise verbirgt sie sich in der Statistik hinter Bezeichnungen wie „Gassteuer“ und „Stromsteuer“. Die Regierung hat nicht einmal den Mut, sie mit ihrem wirklichen Namen auszuweisen.

Auch ohne die Ökosteuer ist die Mineralölsteuer nicht nur viel zu hoch, was schon die Vorgängerregierung uns eingebrockt hat, sondern auch falsch konstruiert. Sie wird nämlich in einem Prozentsatz vom jeweils geltenden Benzinpreis erhoben und schwankt so mit dem Marktpreis. Stattdessen müsste ein fester Steuersatz in Euro/Cent pro Liter erhoben werden, der unabhängig ist von dem schwankenden

Mineralölpreis. Darüber hinaus wird auf diese Mineralölsteuer noch einmal die Mehrwertsteuer erhoben – also eine Steuer auf die Steuer. Das ist pervers. Es zeigt nur den bedauerlich tiefen Stand der deutschen Steuerpolitik.

Der Klimaschutzbericht hatte es klar und deutlich gezeigt, dass wir im bevölkerungsstärksten Bundesland Deutschlands mehr für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung insbesondere in unseren Ballungszentren tun müssen. Da die Forderungen der EU nicht sofort umsetzbar sind, müssen kurzfristige Alternativen geprüft und steuersubventioniert angeboten werden. Es ist schon heute möglich, unsere Fahrzeuge sofort auf Gas umzustellen und dadurch die Umweltbelastung drastisch zu senken.

Der Landesverband NRW der OffensiveD fordert die Bezuschussung der Umrüstung auf Gasantrieb mit 1.000 € und eine völlige Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für diese Fahrzeuge. Bei neuen Fahrzeugen kann dieser Zuschuss zeitlich befristet ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Der Vorteil ist, dass der Bundeshaushalt nur geringfügig belastet wird, aber die Luftverschmutzung durch Autos im dicht besiedelten Ruhrgebiet spürbar gesenkt wird.

**Dass eine Kerosin-Steuer auf Flugbenzin notwendig ist, ist unbestreitbar. Aber dieses Problem muss zumindest auf europäischer, wenn nicht globaler Ebene gelöst werden.**

## 6. Verkehrspolitik

**Wirtschaft = Verkehr, Verkehr = Freiheit, Freiheit = Lebensqualität**

Wirtschaftliche Entwicklung ist ohne Verkehr nicht möglich. Deshalb sind Verkehrsanlagen nicht nur notwendig zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens, sondern auch um wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region ist ihre Verkehrserschließung, und zwar sowohl mit Straßen- als auch mit Bahnverbindungen – und nach Möglichkeit auch mit dem unmittelbaren Zugang zu Wasserstraßen. Neben der Verfügbarkeit ausreichend großer Grundstücke und preiswerter Energie ist die Verkehrserschließung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe.

Personenverkehr ist persönliche Freiheit. Die Freiheit, jederzeit dorthin fahren zu können, wohin man möchte. Ein nachfragegerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erhöht die Mobilität und damit die persönliche Freiheit – die Lebensqualität –. Außerdem ist er unverzichtbar für die Steigerung des Wohlstandes.

Die Verkehrsnetze – und zwar sowohl das Straßennetz wie auch das Bahnnetz – in Deutschland und Europa sind zwar schon relativ gut ausgebaut, entsprechen aber noch nicht in allen Teilen den Erfordernissen. Deshalb ist ein weiterer Ausbau dringend erforderlich. Die öffentliche Hand, also insbesondere der Bund, verfügt nicht über die notwendigen Mittel, um diesen Ausbau in der nötigen Schnelligkeit zu realisieren. Deshalb ist es zwingend notwendig, private Bauträger mit der Durchführung der Baumaßnahmen zu beauftragen. Das neue Mautsystem, das auch aus anderen Gründen notwendig ist, kann die Finanzierung dieser Verkehrsbauten wesentlich erleichtern. Mit dem Mautsystem werden Partnerschaften

zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und einem privaten Bauträger (PPP) entscheidend erleichtert.

Auf mittleren und großen Entfernungen bis etwa 800 km dauert die Reise mit dem Transrapid nicht länger als mit dem Flugzeug, wenn man die Zeiten zum und vom Flughafen wie auch die notwendige Check-in Zeit mit in Betracht zieht. Denn der Transrapid ist mit einer Betriebsgeschwindigkeit von bis zu 550 km/h schneller als jedes andere bodengebundene Verkehrsmittel.

Es muss unser Ziel sein, **bis zum Jahre 2020 den gesamten innerdeutschen Flugverkehr auf die Schiene zu verlagern**. Deshalb müssen die Großstädte und Ballungsräume Deutschlands unverzüglich mit dieser modernen Technik verbunden werden. Dazu gehören Verbindungen in alle Himmelsrichtungen, das Quellaufkommen der Nutzer muss mit guten Nahverkehrsverbindungen an den Transrapid angeschlossen werden. Mit den Nachbarstaaten sind zukunftssträchtige Gemeinschaftsprojekte zu fördern. Langfristig (bis zum Jahr 2030) sind folgende innerdeutsche Streckenführungen für den Transrapid vorrangig zu planen und zu realisieren:

1. **HAMBURG**-HANNOVER-KASSEL-FRANKFURT/M.-NÜRNBERG**MÜNCHEN**  
mit Option nach WIEN
2. **HAMBURG**-BERLIN-LEIPZIG-NÜRNBERG-**MÜNCHEN** mit Option  
nach WIEN
3. **HAMBURG**-BREMEN-DORTMUND-DÜSSELDORF-KÖLNFRANKFURT/  
M.-STUTTGART-**MÜNCHEN** mit Optionen für Anbindung  
AMSTERDAM, BRÜSSEL, ZÜRICH und WIEN
4. **KÖLN**-HANNOVER-**BERLIN** mit Option WARSCHAU
5. **FRANKFURT**/M.-LEIPZIG-**DRESDEN** mit Option PRAG

Folgende Einzelmaßnahmen sind unabdingbar:

- 6.1  
Einführung einer „Maut“ für alle Fahrzeuge (auch inländische) bei gleichzeitiger  
Abschaffung der Kfz-Steuer
- 6.2.  
Keine zusätzliche Belastung von deutschen Speditionen
- 6.3.  
Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen auf 160 km/h
- 6.4.  
Abschaffung Ökosteuer
- 6.5.  
Durch das Wegfallen der Ökosteuer würden öffentliche Verkehrsmittel deutlich  
billiger werden. Dies ist wünschenswert. Produktionskosten würden auch im  
internationalen Vergleich konkurrenzfähiger werden
- 6.6.  
Ausbau Gastankstellennetz

## 7. Familienpolitik

Die Familie ist die Grundsäule unserer Zukunft. Familie ist überall da, wo sich mindestens ein Erziehungsberechtigter um ein Kind kümmert. Dieses bedeutet, dass auch eine alleinerziehende Mutter mit Kindern eine Familie darstellt und alle Vorteile einer Familie genießt, natürlich auch Steuervergünstigungen.

- 7.1.  
Kindergeld pro Kind bis maximal 500 €. Mütter bekämen nach dem Wegfall der  
umlagefinanzierten Rente eine Grundrente, wie jeder andere auch. Kindergeld ist  
einkommensabhängig zu Zahlen. Das Kindergeld sinkt bis zur  
Sozialversicherungsgrenze auf Null.
- 7.2.  
Kindertagesstätten bis 17 Uhr müssen flächendeckend eingeführt werden. Durch das  
Wegfallen der leistungshemmenden Steuerklassenmodelle hätten Erzieher wieder  
einen Anreiz arbeiten zu gehen.
- 7.3.  
Ein Familienwohnraumprojekt auf kommunaler Ebene würde dafür sorgen, daß diese  
wichtigste Gruppe unserer Gesellschaft adäquaten Wohnraum (Reihenhäuser) zur  
Verfügung gestellt bekommt.
- 7.4.  
Kindergeld wird nur noch an diejenigen gezahlt, für die es seinerzeit eingeführt  
wurde. Kindergeld sollte nur noch deutschen Familien zustehen, die ihren festen

Wohnsitz in Deutschland haben. Bei einer Ausbildung der Kinder im Ausland bleibt der Kindergeldanspruch bestehen.

7.5.

Deutsche Eltern ab dem 4. Kind bekommen eine Anerkennungsurkunde vom Bundespräsidenten.

## 8. Rentenpolitik

Eine gerechte Rentenpolitik schafft Sicherheit für die Zukunft. Und Vertrauen für jetzige Leistungsbezieher. Sie ist also ein wichtiges Fundament für einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft, den wir brauchen, um Motivation und Leistung zu fördern. Leistungsschwache müssen sich auf ein adäquates Rentenniveau verlassen können.

Die einstige Rentenformel von Bismarck, in welchem 4 Arbeitnehmer einen Rentner finanzieren ist nicht mehr zukunftsfähig. Die Alterspyramide zeigt uns, dass die jetzige Generation von 30 Jahren und jünger im Rentenalter höchstens einen Arbeitnehmer zur Finanzierung seiner Rente haben wird. Nach der jetzigen umlagefinanzierten Rente könnten wir folglich einen Beitragssatz von 50% (!) erwarten. Die Tatsache, dass dieses den entsprechenden Ministerien bereits jetzt bekannt ist und dass die Allgemeine Bevölkerung hierüber nicht informiert wird, ist Betrug an dem Bürger und insbesondere der genannten Altersgruppe, da diese keine vergleichbare Leistung zur Höhe der eingezahlten Rentenbeiträge erwarten kann. Ihr Rentenanspruch, mit oder ohne Riesterrente, Betriebsrente usw. dürfte kaum das Sozialhilfeniveau übersteigen.

**Das jetzige System der umlagefinanzierten Rente ist zum Scheitern verurteilt. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als einen radikalen Systemwechsel zu vollziehen, weg von der umlagefinanzierten hin zu einer Grundrente für alle Beitragszahler, die 45 Jahre steuerpflichtiger Beschäftigung erreicht haben und mit der Möglichkeit der zusätzlichen kapitalgedeckten (privaten) Rentenversicherung, in der jeder seinen individuellen Rentenanspruch versichert.**

**Bereits erworbene Rentenansprüche bleiben bestehen und werden unverändert ausgezahlt!**

Auf Grund der demographischen Bevölkerungsentwicklung ist der Generationenvertrag in der Finanzierung der Altersrente nicht mehr gewährleistet. Wir treten für ein System ein, in dem jeder seinen eigenen Rentenanspruch aufbauen kann. Dieser setzt sich zusammen aus einem einkommensunabhängigen Sockelbetrag, einem Anteil aus persönlichen Einkünften und einem steuerfinanzierten Anteil.

Es muss daher eine Aufklärungskampagne stattfinden, um das jetzige Rentensystem allmählich auslaufen zu lassen. So, dass die Generation von ca. 30 Jahren und jünger keine Beiträge mehr bezahlen und wir eine **kapitalgedeckte** Rente anstreben. **Die jetzige Rentergeneration erhält unverändert Ihre Rentenansprüche.**

Weiterhin muss die Rentenversicherung aus dem staatlichen Zugriff und damit der Beliebigkeit der Politik entzogen werden. Die Rentenversicherung wird auf ihre ursprüngliche Aufgabe der Finanzierung des Lebensabends zurückgeführt.

Die weitere Betreuung der Ökosteuer wäre hiermit überflüssig und Energiekosten würden wieder sinken. Für die Produktivität brauchen wir Energie, die Antwort auf sinkende Produktivität ist also nicht eine zusätzliche Besteuerung von Energie, sondern eine Investition in alternative Energiegewinnungsmöglichkeiten (z.B. Wasserstoffbrennzellenergie, wie besprochen in dem Kapitel „Steuerpolitik“) und das Erreichen von niedrigeren Energiekosten.



## 9. Gesundheitspolitik

Unser Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps. Steigende Kosten und Beitragssätze müssen aufgehoben werden. Gesundheit muss wieder bezahlbar werden. **Das deutsche Gesundheitssystem beruht auf drei „Lebenslügen“ der Nation.**

**Lebenslüge Nr. 1:** Es darf keine Zwei-Klassen-Medizin geben.

**Lebenslüge Nr. 2:** Das System der gesetzlichen Krankenversicherung muss solidarisch finanziert werden, das heißt "paritätisch" zur einen Hälfte von den Arbeitnehmern und zur anderen Hälfte von den Arbeitgebern.

**Lebenslüge Nr. 3:** Der Staat muss eine gute und preiswerte Gesundheitsversorgung garantieren.

### Alle drei Lebenslügen sind falsch, eben Lügen.

**Zur Lebenslüge Nr. 1:** Es hat in Deutschland nie etwas anderes gegeben, als eine Zwei-Klassen-Medizin. Die "Privat-Versicherten" waren immer besser dran als die "Gesetzlich-Versicherten". Die Privat-Versicherten waren immer "Klasse-Patienten", die eine wesentlich bessere Behandlung beim Arzt und im Krankenhaus genossen als die Gesetzlich-Versicherten, die "Kassen-Patienten" sind.

**Zur Lebenslüge Nr. 2:** Was ist denn der Unterschied, ob der Arbeitgeber die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrages direkt an die Krankenkasse zahlt, oder ob er diese Hälfte mit dem Lohn oder dem Gehalt an den Arbeitnehmer auszahlt, wie zum Beispiel in den Niederlanden. Ist das niederländische System deshalb etwa ungerecht oder unsolidarisch?

**Zur Lebenslüge Nr. 3:** Die Politik der letzten Jahrzehnte hat zur Genüge gezeigt, dass sie nun wirklich nicht in der Lage ist, ein gutes, wirtschaftliches und funktionierendes Gesundheitssystem zu gewährleisten. Die Qualität des deutschen Gesundheitssystems verschlechtert sich zusehend.

**Vor allem aber muss es wesentlich wirtschaftlicher und effizienter sein.**

Unsere Gesundheitspolitik wird von den Grundsätzen:

1. Qualität und Wirtschaftlichkeit, (Verbesserung des Gesundheitswesens durch integrierte Versorgungsformen)
2. Solidarität, (Sicherstellung der medizinisch notwendigen Versorgung für alle Bevölkerungskreise, unabhängig von ihrem Einkommen)
3. Prävention und Eigenverantwortung, (Anstrengungen aller Einrichtungen -Länder, Kommunen, Kassen, Betriebe, Schulen- zur Förderung der Gesundheit und Motivation der Bürger zu einer gesunden Lebensführung) getragen.

Der Patient hat Anspruch auf eine Krankenversicherung, die diesen Namen auch verdient und Schutz und Hilfe **bei Erkrankung** bietet. Aber allein in den letzten zehn Jahren sind der Patientenversorgung 40 Milliarden Euro durch Quersubventionierung anderer Sozialversicherungszweige entzogen worden. Es gäbe kein milliardenschweres Defizit, wenn die Versichertengelder nur für die Patientenversorgung verwendet würden.

**Neben einer sauberen Finanzierung der zukünftigen „privaten“ Krankenversicherung ist auch eine Weiterentwicklung der Strukturen notwendig.**

**Von der Verwaltung zum Wirtschaftsunternehmen:**

**Die gesetzlichen Krankenkassen sind bisher eher bürokratische Verwaltungen. Sie müssen zu echten Wirtschaftsunternehmen umgeformt werden.** Schon die seit einigen Jahren bestehende Möglichkeit des Wechsels zu anderen Krankenkassen hat ein wenig Wettbewerb zwischen ihnen bewirkt. Dieser Ansatz muss erheblich ausgebaut werden. **Nur wenn auf dem Gesundheitsmarkt, – und es ist ein Markt! – echter Wettbewerb herbeigeführt wird, besteht eine Aussicht darauf, dass die Kosten des Gesundheitssystems gesenkt werden.**

**Kassenwettbewerb:**

Die Vertragsfreiheit fördert nur dann Effizienz und Qualität, wenn gute Kassen auch Marktanteile gewinnen können. Daher müssen sowohl der Kassenwechsel erleichtert als auch der Risikostrukturausgleich abgeschafft werden.

Bei einem Kassenwechsel muss der Versicherte die Möglichkeit haben, seine individuell erworbene Altersrückstellung zu seiner anderen Versicherung mitzunehmen. Durch Verschiebepbahnhöfe und versicherungsfremde Leistungen werden der GKV seit Jahren Milliardensummen (6 Milliarden Euro pro Jahr) entzogen. Zudem ist die Finanzierungsbasis durch ihre alleinige Ankoppelung an die Löhne und Gehälter konjunkturellen Schwankungen und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt schutzlos ausgesetzt.

Diese Konstruktion der Einnahmeseite ist insbesondere im Hinblick auf die demographischen Veränderungen weder verteilungsgerecht noch zukunftsfest. Für eine soziale Krankenversicherung ist eine Neudefinition von Subsidiarität und Solidarität sowie Eigenverantwortung notwendig. Eine neue soziale Krankenversicherung, die auch in Zukunft gute Medizin für alle versprechen kann, wird nur dann entstehen, wenn wir ehrlich miteinander umgehen, uns tatsächlich um Generationengerechtigkeit bemühen und eine neue Form der Finanzierung finden.

**Pflicht zur Krankenversicherung:**

Eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Zahlung von Beiträgen für die Krankenkassen ist unumgänglich. Dies erreicht man durch die Versicherungspflicht für alle. Neben einer Grundversicherung für nicht selbstverschuldete Krankheiten, für die ein persönlicher monatlicher Beitrag von derzeit 200 € ausreichend erscheint, kann jeder seine persönlichen Risiken (Sport, Lebenswandel, Tätigkeit) zusätzlich absichern. Weiterhin ist ein Umbau von der Umlagefinanzierung in eine kapitalgedeckte Finanzierung der Krankenversicherung nötig; wie sie in der herkömmlichen privaten Krankenversicherung schon besteht.

**Beitragszahlung:**

Vertragspartner sind Versicherungsnehmer und Versicherungsgeber. Sie legen fest, welcher Beitrag für die jeweilige Versicherung zu leisten ist (Mindeststandards werden durch den Gesetzgeber festgelegt). Der Arbeitgeber ist von diesem Vertrag nicht betroffen und damit beitragsfrei. Sein bisheriger Anteil wird in den Lohn des Arbeitnehmers integriert, individuell versteuert und an den Arbeitnehmer ausbezahlt.

**Der Beitrag ist für jedes versicherte (Familien-)Mitglied zu entrichten.**

## **Familienförderung:**

**Beibehaltung der beitragsfreien Familienversicherung.** Sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass der Gesundheitsschutz der Kinder in jedem Fall unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährleistet ist.

Wer als Partner Kinder erzieht, wer pflegt und betreut, hat ein Anrecht darauf, dass er auch, **innerhalb festgelegter Einkommensgrenzen**, beitragsfrei mitversichert ist. **Dies ist eine Verpflichtung der Gemeinschaft, des Staates, und wird durch einen Familienleistungsausgleich bei der Einkommensteuer berücksichtigt.**

Die Zuzahlungen wurde nach 1998 zurückgenommen. Dafür ein Budget eingeführt. Dieses hat die 2-Klassenmedizin verstärkt, weil viele Ärzte Medikamente und Hilfsmittel nur noch auf Privatrezept ausgestellt haben. Dieses war ein großer politischer Fehler und das Resultat einer unerfahrenen Ministerin im Gesundheitswesen. Das Erstattlose streichen dessen, auf Druck der Interessenverbände, war jedoch ebenso kurzfristig, da so eine Kostenexplosion im Medikamentenbereich unaufhaltsam war.

9.1.

Abschaffung des Budgets für Ärzte, Pauschalvergütungen anstatt Punktsystem Durch bessere ambulante Versorgung.

9.2.

Ein Pflichtbeitrag von € 10,00 pro Monat muß von jedem Privatversicherten für die gesetzliche Krankenersicherung (GKV) in einem GKV-Umlagetopf, bezahlt werden.

9.3.

Beibehaltung des Zahnersatzes in der GKV.

9.4.

Individuelle Beitragszahlung. Risikoverhalten sollte mit einem Aufschlag versehen werden, z.B. Extremsportarten oder Rauchen. Zuschlagsfrei bleiben bestehende Krankheiten bzw. Genetisch bedingte Krankheiten.

9.5.

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 80%. Unpopulär aber leider notwendig um Kosten zu dämpfen.

9.6.

Entbürokratisierung des Gesundheitsbereiches. Pauschalabrechnungen von € 1250, € 2000 und € 2500,- in der Pflegeversicherung bei Pflegestufen I, II und III in sowohl stationärer, als auch ambulanter Betreuung. Kürzung Pflegegeld in der Pflegestufe I.

9.7.

Pauschale Abrechnung dieser Leistung, dies spart Personalkosten in Millionen Höhe bei den Krankenkassen/Pflegekassen und erlaubt das Pflegepersonal mehr Zeit mit den Kranken zu verbringen.

9.8.

Gleichzeitige Streichung der gleichzeitigen Abrechnung von SGB V Leistungen.

9.9.

Gleichzeitige Streichung von der Investitionskostenpauschale.

9.10

Erhöhung der Vergütungssätze im SGB V Bereich für den ambulanten Bereich insbesondere für Ärzte.

9.11.

Rückkehr zu der Kur-, Massage-, Reha- Therapie welche ganze Berufsbranche unterstützt haben und den Bürgern ein besseres Gesundheitssystem gewährleistet hat.

9.12.

Es muß das Motto gelten ambulant vor stationär. Fallpauschalen für die Krankenhäuser unterstützen wir. Liegezeiten werden dadurch reduziert, welches der

Krankenkasse viel Geld sparen wird. Allerdings muß zugleich eine Stärkung des Ambulanten Bereiches stattfinden da sonst Personalmängel vor allem im Pflegebereich zu Versorgungsproblemen führen werden. Der Pflegenden Beruf muß attraktiver gestalten werden, ebenfalls vor dem Hintergrund, daß wir jetzt schon die Weichen für die Generation von Pflegenden für die Zeit ausbilden sollten welche die wachsende Anzahl von zu Pflegenden in 30 Jahren zu Pflegen haben (siehe Rentenpolitik).

9.13.

Der Leistungskatalog muß überprüft werden. Es gibt eine Reihe von Medikamenten, Salben, Säften usw. deren Wirkung kaum nachweisbar ist. Individuelle Beitragssatzgestaltung. Es ist nicht verständlich warum z.B. ein Raucher den gleichen Beitragssatz zahlt wie ein nicht- Raucher. Das Individuelle Krankheitsrisiko muß in der Beitragssatzgestaltung Anwendung finden. Ausgenommen hiervon bleiben genetisch bedingte Krankheiten. Dieses wird die Eigenverantwortung stärken und mittel-/ langfristig ein Gesundheitsbewußteres Leben erwirken. Gesellschaftspolitisch muß der Raucher kritischer betrachtet werden. Generell sind alle öffentlichen Plätze Rauchfrei zu halten. Der Genuß von Tabakwaren muß eine größere Besteuerung finden. Das Rauchen von Jugendlichen und Kindern unter 16 Jahren muß, gesellschaftlich, kritischer betrachtet werden. Entsprechendes muß in unseren Bildungsinstituten beachtet und unterstützt werden.

9.14.

Krankenkassenkarten sind NUR im Zusammenhang mit Personalausweise gültig bzw. diese sind mit Bild auszustellen.

9.15.

Medikamente sind als Gemeinnützig zu deklarieren und somit deren Preise staatlich zu regulieren.

9.16.

Abschaffung „Sozialabkommen“ mit Türkei, Tunesien und Marokko.

Dieses wird die Eigenverantwortung stärken und mittel-/ langfristig ein Gesundheitsbewußteres Leben erwirken. Gesellschaftspolitisch muß der Raucher kritischer betrachtet werden. Generell sind alle öffentlichen Plätze Rauchfrei zu halten. Das Rauchen von Jugendlichen und Kindern unter 16 Jahren muß gesellschaftlich kritischer betrachtet werden. Entsprechendes muß in unseren Bildungsinstituten beachtet und unterstützt werden ( Rauchverbot für Schüler an den Schulen).

## 10. Innenpolitik

Sicherheit ist vornehmste Aufgabe für den Staat, für seine Bürger. Dies beinhaltet auch das Schützen seiner Bürger vor Straftätern jeglicher Art. Der **Schutz der Bürger** steht für uns vor den Rechten der Straftäter. Deshalb fordern wir:

10.1.

Einführung neuer Gesetze, welche die Gemeinnützigkeit stärken und Gesetze für das nationale Interesse.

10.2.

Kapitalverbrechen, z.B. Mord, muss ungeachtet der sozialen, psychologischen Hintergründe des Täters lebenslänglich bestraft werden. Lebenslang ist Lebenslang. Eine vorherige Unterbringung in einer Psychiatrie ist nicht möglich. Psychiatrische Betreuung wird nicht vollzogen. Sexualverbrechen an Kindern werden genauso

bestrafft. Lebenslängliche Einzelhaft, ohne Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung und ohne der Notwendigkeit eines psychologischen Gutachtens. Gerade vor dem Hintergrund steigender Sexualmorde an Kindern ist dies zwingend erforderlich. Verbreitung und /oder Herstellung von pädophilen Artikeln tragen die gleiche Strafe.

10.3.

Gesellschaftsschädliche Aspekte wie z.B. die Darstellung krimineller Handlungen und als „extrem pervers“ zu deutende Medienartikel sind zu verbieten.

10.4.

Wir verfolgen eine „Null Toleranz“- Politik gegen die Drogen und die „Bettler“ Szene.

10.5.

Stärkung Polizei- / Ordnungsdienstpräsenz in den Städten.

10.6.

Entschiedenes Entgegenwirken gegen die Ghettobildung.

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Bürger aus anderen Ländern, die sich legal in Deutschland aufhalten, sind unsere Gäste und genießen unsere Gastfreundschaft.

Bürger aus Mitgliedsländern der EU sind für uns keine „Ausländer“, sondern gehören zur europäischen Familie. Sie haben ohnehin uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit in der gesamten EU.

Menschen, die wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder aus politischen Gründen verfolgt werden, sowie Bürgerkriegsflüchtlinge genießen den Schutz unseres Asylrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention. Ihnen soll nach Möglichkeit eine schulische oder berufliche Ausbildung zuteil werden. Hauptanliegen muss jedoch sein, die Ursachen ihrer Verfolgung zu beseitigen, damit sie in ihr Heimatland zurückkehren können. Dies ist eine vorrangige Aufgabe der internationalen Politik und damit auch der nationalen beziehungsweise europäischen Außenpolitik.

Menschen aus anderen Ländern jedoch, die sich **illegal** in Deutschland aufhalten, müssen zur Rückkehr in ihr Heimatland angehalten und notfalls gezwungen werden. Insbesondere ein **Missbrauch des Asylrechtes** muss nachhaltig verhindert werden, damit dieses Recht nicht selbst beschädigt und entwertet wird.

Es ist leider festzustellen, dass insbesondere aus nicht EU-Ländern, inklusive der Türkei, die gängige Form des Reisepasses NICHT ausreicht, um abschließend die Identität einer Person festzustellen. Es ist in der Vergangenheit daher leider zu beobachten gewesen, dass Personen mit einer Identität ausgewiesen wurden und dieselbe Person mit einer neuen „Identität“ erneut ins Land kamen.

Aus diesem Grunde ist die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland generell an „biometrische Daten“ zu knüpfen, welche mindestens einen Fingerabdruck im Reisepass beinhalten müssen. Der Gesetzgeber sollte dieses beschließen, das Außenministerium entsprechende Meldungen veröffentlichen und die Sicherheitsbehörden dieses überwachen.

Einwanderer, die ihre Identität oder Nationalität, also ihre Herkunft, nicht nachweisen können, dürfen keine Möglichkeit erhalten, sich den zuständigen staatlichen Stellen zu entziehen. Sie sind grundsätzlich als „illegal“ einzustufen. Kindergärten, Schulen, Ämter, Gesundheitszentren haben relevante Informationen weitergeben. Ein Asylantrag wird nur bei **geklärter Identität** entgegengenommen. Es muss auf jeden

Fall verhindert werden, dass diese "Gruppen" in den Untergrund abtauchen, um sich als Drogenhändler etc. zu betätigen. Um alle diese Problemfälle effektiv behandeln zu können unterstützen wir die Unterbringung in geschlossenen Gemeinschaftswohnanlagen (zum Beispiel nicht mehr genutzte Kasernenanlagen mit Bewachung durch die Bundespolizei und/oder den zuständigen Ordnungsdienstes/Sicherheitsdienst) bis zur **rechtskräftigen** Entscheidung über den Asylantrag.

Eine rechtskräftige Entscheidung ist unter allen Umständen nach spätestens 4 Wochen zu erzielen. Es besteht ein **einmaliges** Einspruchsrecht. Über dieses Rechtsmittel wird ebenfalls nach maximal weiteren 4 Wochen entschieden.

Einige unserer Vorschläge sind:

10.7

Straffällig gewordene Ausländer müssen in Schnellverfahren zur Rechenschaft gezogen und zum Strafvollzug kurzfristig in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Bei Minderjährigen haften Eltern für ihre Kinder. Im Wiederholungsfall wird die gesamte Familie ausgewiesen. Ein Strafvollzug in gesicherten Drittländern kann durchgeführt werden (Österreich macht den Strafvollzug für ausländische Mitbürger in Rumänien).

10.8

Das Grundrecht auf Asyl muss grundsätzlich erhalten bleiben. Dennoch müssen vor dem Hintergrund des offensichtlichen Asylmissbrauchs einige Verfahrensregeln geändert werden. So müssen Beamte der Bundespolizei befugt sein, bereits bei der Einreise darüber zu entscheiden, ob es sich ganz offenkundig um Asylmissbrauch handelt. Bei strittiger Entscheidung ist hier im Schnellverfahren ein zuständiger Richter einzuschalten. Dieser trifft eine abschließende Entscheidung. Dadurch werden dem Staat Millionen durch Asylprozesse und deren Unterbringung und Verpflegung gespart. Begründete Asylgesuche werden im Einzelfall genehmigt, diese sind individuell zu prüfen. Anerkannte Asylbewerber werden in normalen Unterkünften untergebracht und müssen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses wird die Integration dieser Gruppen fördern.

10.9.

Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz vergleichbar mit dem der Vereinigten Staaten. Die jetzt geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind konsequent anzuwenden.

10.10.

Das öffentliche „Herumlungern“, „Betteln“ insbesondere auf Bahnhofsgeländen darf nicht toleriert werden. Ein jeder muß sich dazu verpflichten, auf die Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen. Das öffentliche Betrinken muss verboten werden. Der Verdacht, öffentlich Drogen zu verkaufen oder zu nehmen, darf nicht mehr toleriert werden. Der Staat muß sich um diese Bevölkerungsgruppen kümmern. Hierzu werden „Erziehungseinheiten“ errichtet, um diesen Menschen zwangsweise Recht und Ordnung nahebringen. Dabei werden sie einer Zwangsentwöhnung unterzogen und zu allgemeinnützigen Zwecken für mindestens 6 Monate eingesetzt. Die Sozialhilfe dieser Teilnehmer wird direkt an diese Einrichtungen überwiesen. Keine Toleranz der Drogenszene. Abschaffung des „Methadon-Programmes“.

10.11.

Der Religionsbezug muß stärker in der Gesellschaft verankert werden. Kreuze an Schulen sind wünschenswert.

10.12.

Verbot von Aufschriften an Geschäften in einer anderen Schrift als Latein.(Ausnahmeregelungen sind möglich an z.B. China-Restaurants etc)

10.13.

Strengere Einreisekontrollen an Internationalen Flughäfen.

10.14.

Neuordnung und Ausrichtung des kommunalen Ordnungsdienstes und flächendeckende Vernetzung zur Vorsorge vor Straftaten.

10.15.

Generelles Kopftuchverbot für Beamte oder Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen.

10.16.

Förderung Kultur ( Opern, Theater), Jugendeinrichtungen, Schwimmbäder oder Bibliotheken.

## 11. Außenpolitik

**Deutsche Außenpolitik ist europäische Politik – muss aber die Interessen Deutschlands in Europa wahren.** Nur ein vereinigtes Europa wird in der Lage sein, entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Welt zu haben. Deshalb ist die Frage der Vollendung der Europäischen Union von zentraler Bedeutung.

### **Die Vollendung der Europäischen Union**

Die Europäische Union steht vor großen und wichtigen Entscheidungen. Das Zusammentreten des europäischen Verfassungskonvents markiert eine neue Epoche der europäischen Integration. Hier werden die Grundlagen gelegt für die weitere Entwicklung der EU, hier werden die Pläne für das künftige „Haus Europa“ entworfen.

Wir sind auch eine Pro-Europa-Partei. Wir befürworten die weitere Integration der europäischen Staatenfamilie. Jetzt kommt es darauf an, für diese weitere Integration die richtigen Weichen zu stellen. Deshalb sagen wir klar und deutlich, was in der künftigen Verfassung der Europäischen Union stehen muss, und was nicht darin stehen darf.

Die Europäische Union kann nicht grenzenlos ausgedehnt werden. Deshalb ist es zunächst wichtig, ihre künftigen Grenzen zu bestimmen. Neben den geografischen und funktionalen Kriterien ist insbesondere die **Zugehörigkeit zum europäischen, abendländischen Kulturkreis** das entscheidende Angrenzungskriterium. Das Abendland ist geformt und geprägt von der griechischen Philosophie und Kunst, vom römischen Recht, von der jüdisch-christlichen Religion, dem mönchlichen Mittelalter, der Aufklärung, dem Humanismus und der neuzeitlichen Wissenschaft.

Nach diesem Abgrenzungskriterium gehören auch und gerade langfristig nur folgende Staaten zum europäischen Kulturkreis und damit langfristig auch zur Europäischen Union: neben 27 Mitgliedsstaaten kommen zunächst die bisher abseits stehenden mittel- und nordeuropäischen Staaten jederzeit für einen Beitritt zur EU in Frage: **die Schweiz und Liechtenstein, Norwegen und Island.** Darüber hinaus können **die Staaten des Balkans** auf lange Sicht Mitglieder werden, wenn und sobald sie die sogenannten „Kopenhagen-Kriterien“ erfüllen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft). Damit gehören -je nach Entwicklung in Serbien (Montenegro und Kosovo) 36 bis 38 Staaten langfristig zur Europäischen Union.

**Alle anderen Staaten, insbesondere die Türkei, Moldawien, Ukraine, Weißrussland, Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan mögen sich als europäische Staaten verstehen, Mitglieder der Europäischen Union können sie auch auf Dauer nicht werden.** Diesen Staaten muss an Stelle der Mitgliedschaft eine engere Kooperation mit der EU ermöglicht werden: ein **Europäischer Wirtschafts- und Sicherheitsraum.**

Dies bietet ihnen alle wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vorteile, wie sie auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bietet. Die vollen politischen Rechte und Pflichten der Mitwirkung in der EU müssen ihnen dagegen vorenthalten bleiben.

Die historisch wichtigste Kompetenz der EU ist der sogenannte **Binnenmarkt**, der noch keineswegs vollendet ist. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die europäische Regierung nicht mit Berufung auf den Binnenmarkt in Bereiche eingreift, für die sie keinerlei Zuständigkeit hat wie dies jüngst mit dem Verbot der Zigarettenwerbung geschehen ist.

Gerade die sogenannte Irak-Krise hat mehr als deutlich gezeigt, dass Europa nur dann eine seinem Gewicht entsprechende politische Rolle in der Welt spielen kann, wenn es mit einer Stimme spricht. Das bedeutet: die Europäische Union muss die **alleinige Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik** haben. Das bedeutet zum Beispiel auch, dass nur noch die EU in allen Staaten der Welt durch einen Botschafter vertreten ist. Die Mitgliedsstaaten können in diese Botschaften Kultur- und Handels-Attachés entsenden.

Wichtige Aufgaben kommen der EU auch in den Bereichen Umweltpolitik, Verkehrspolitik, Asyl- und Einwanderungspolitik sowie Innen- und Rechtspolitik zu. Allerdings kommt es hier besonders darauf an, dass die Grenzen der Zuständigkeit der EU-Organen genau definiert und festgelegt werden.

Im übrigen ist es fast noch wichtiger, festzulegen, **wofür die EU nicht zuständig sein darf**. Außer den notwendigen Regelungen für den einheitlichen Binnenmarkt darf die EU keinerlei Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Sozialpolitik haben. **Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme einschließlich der Gesundheitssysteme bleiben in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.**

**Die Zuständigkeit für die Landwirtschaftspolitik** ist auf die Mitgliedsstaaten zurück zu übertragen. Die EU überwacht lediglich die Höhe der nationalstaatlichen Subventionen für die Landwirtschaft, um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen. Subventionen nach der Produktionsmenge sind zu untersagen. Exportsubventionen sind kontraproduktiv und unmoralisch und daher zu verbieten.

#### **Eine Vereinheitlichung der Steuersysteme wäre eine Katastrophe!**

Sie würde die Steuersätze im Zweifel nach oben drücken und dort festschreiben und so jede Steuerkonkurrenz zwischen den Staaten verhindern. Das wäre für die Wirtschaft in den Mitgliedsstaaten der EU geradezu tödlich!

**Die Finanzierung der EU** hat ausschließlich über Beiträge der Mitgliedsstaaten zu erfolgen. **Eigene Steuern darf die EU niemals erheben.** Sonst wäre jede Kompetenzregelung bald Makulatur. Die Höhe der Beiträge ist ausschließlich in einem Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) festzulegen. Import- und Exportzölle werden abgeschafft (mit Ausnahme der sogenannten „Retorsionszölle“ (man könnte übersetzen: „Vergeltungszölle“), wenn sie von der WTO vorher erlaubt worden sind).

Gerade die Terroraktivitäten der letzten Zeit haben gezeigt, dass wir vor neuen Herausforderungen stehen. Wichtige freundschaftliche internationale Partner, wie z.B. den USA, Israel oder Rußland sind selbstbewußter entgegenzutreten um deutsche Interessen stärker zu fördern.

Das Konzept der USA/Israel Terrorismus mit Krieg zu bekämpfen ist kontraproduktiv. Deutschland sollte sich stärker als Vermittler zwischen den islamischen Staaten und den USA/Israel stellen und folglich deutlich kritischer gegen die amerikanische Position stellen. Dabei ist der Grundsatz Dialog statt Konflikt.

11.1.

Unsere gute Beziehung zu allen Staaten ist unbedingt erforderlich.

11.2

Wir müssen uns international für ein Umdenken in der Nah-Ost-Krise einsetzen. Deutschland hat ein gutes Verhältnis zu den Arabischen Staaten und Israel. Dies muß stärker genutzt werden.

11.3.

Förderung des Aufbaus des Staates Palästinas und eines freien Kurdistan.

11.4

Der Eintritt der Türkei in die europäische Union wird ausdrücklich NICHT unterstützt. Dies würde nicht nur den finanziellen Spielraum der EU deutlich einschränken. Die Türkei gehört nicht zum christlich-abendländischen Kulturkreis und auch nicht zum europäischen Festland.

11.5.

Europa muss mit den USA in der Nahostpolitik und der Terrorpolitik ein verstärktes freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den Arabischen Staaten, Irak, Iran und Palästina erreichen. Nur so kann der Terrorismus durch Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Krisenregionen besiegt werden.

11.6.

Überprüfung aller internationalen Verpflichtungen Deutschlands.

## **12. Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Deutschland hat eine Mitverantwortung für Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit, für das Gelingen der europäischen Einigung und für den Ausbau der internationalen Weltordnung auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen.

Die weltweit vorhandenen Risiken und Konflikte fordern von der Sicherheitspolitik eine globale Ausrichtung. Trotzdem ist ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren über die bereits im Grundgesetz festgelegten Einsätze im Katastrophen- und Nottfallschutz hinaus nur in einem genau definierten Ausnahmefall zulässig.

**Das Ziel ist eine Politik, die den Frieden sichert, Spannungen und Konflikte abbaut und Kriege verhindert. Dies kann nur im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme verwirklicht werden.**

Diese Politik muss

12.1.

Die Souveränität und freie politische Selbstbestimmung Deutschlands und seiner Verfassungsorgane gewährleisten,

12.2.

Die territoriale Unversehrtheit Deutschlands bewahren,

12.3.

Die Bündnisfähigkeit Deutschlands sicherstellen,

12.4.

Ursachen von Kriegen, wie Unterdrückung, militante Ideologien, Hunger, Not sowie ökologische Bedrohung beseitigen.

Dabei sind Streitkräfte ein **unverzichtbares politisches Instrument**, um Gefährdungen des Friedens angemessen und flexibel entgegenzutreten. Frieden in Freiheit wird nur erhalten bleiben, wenn Deutschland und die mit ihm verbundenen Staaten willens sind, den Frieden notfalls auch militärisch zu verteidigen.

**Äußere und innere, nationale und internationale, wirtschaftliche und soziale Sicherheit gehören untrennbar zusammen.** Alle zivilen und militärischen

Sicherheitsvorkehrungen, individuelle und kollektive Beiträge zur Sicherheit und Förderung des Friedens bilden eine unauflösliche Einheit.

Das Verteidigungskonzept in kollektiven Sicherheitssystemen muss garantieren, dass die Sicherheit Deutschlands eng mit der Sicherheit der europäischen Partner und der Nordatlantischen Allianz gekoppelt bleibt.

Dabei kommt es darauf an,

12.5.

Das Ausbrechen von bewaffneten Konflikten und Kriegen zu verhindern,

12.6.

Den weltweiten Terrorismus auszuschalten,

12.7.

Durch Abrüstung und Rüstungskontrolle die Stabilität weltweit zu erhöhen,

12.8.

atomare Waffen nicht anstelle fehlender konventioneller Streitkräfte einzuplanen,

12.9.

für die Abwehr von Aggressionen ausreichende konventionelle Streitkräfte auch für die Landesverteidigung zur Verfügung zu haben,

12.10.

bei einem Scheitern der politischen Friedenssicherung einen bewaffneten Konflikt/Krieg möglichst schnell und bei geringstem Schaden zu beenden.

Diese Sicherheitsinteressen sind nur durchzusetzen, wenn Sicherheitspolitik von der breiten Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird.

Die Vereinten Nationen (UN) müssen stärker als bisher in die Lage versetzt werden, notfalls auch mit Waffengewalt gegen Rechts- und Friedensbrecher vorzugehen, wenn alle anderen politischen Maßnahmen ohne Erfolg geblieben sind.

**Das oberste politische Ziel heißt: Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit.**

**Abschaffung der Allgemeine Wehrpflicht – Einführung eines Allgemeinen Pflichthalbjahres**

Die **Überprüfung der Wehrverfassung**, d.h. der allgemeinen Wehrpflicht, ist nur **ein** Schritt. Es ist davon aus zu gehen, dass die Aufgaben der Bundeswehr als **Armee im Einsatz** umfangreicher, langfristiger und risikoreicher werden. Schon heute dürfen Wehrpflichtige nur **mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung in internationalen Einsätzen** eingesetzt werden.

Dieses bedeutet, dass seitens der Bundeswehrführung die Wehrpflichtigen nur als „billige“ Hilfskräfte im Heimatland genutzt werden, und eine Wehrgerechtigkeit nicht mehr gegeben ist. **Eine erneute Umstrukturierung der Bundeswehr ist aber frühestens 2010 realistisch.**

Klar ist auch, dass eine aus Zeit- und Berufssoldaten bestehende Armee teurer ist. Diese Form der Streitkräfte bietet aber die Möglichkeit, eine Armee zu schaffen, die dem neuen Auftrag entsprechend ausgebildet und ausgestattet werden kann.

**Die Legitimation der Wehrpflicht und der Hinweis auf die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr sind nicht mehr zeit- und auftragsgemäß.** Klar ist aber auch die Verpflichtung jeder Bürgerin und jedes Bürgers, ihren/seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Dieses trägt auch zur Gerechtigkeit unter der Jugend bei.

Deshalb sind **folgende Forderungen zu stellen:**

12.11

Gesicherte mittel- und langfristige Finanzausstattung der Bundeswehr, um die Herausforderungen überhaupt annehmen zu können.

12.12.

Überprüfung der Notwendigkeit der Wehrpflicht im Jahre 2005,

12.13

Abschaffung der Wehrpflicht bis Ende 2008 und Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Armee im neuen Aufgabenspektrum bei gleichzeitiger Ausstattung mit modernsten Mitteln.

**12.14.**

**Einführung eines allgemeinen Pflichthalbjahres** für **alle** Heranwachsenden und deren Integration in Bundeswehr, THW, Deutsches Rotes Kreuz, Zivildienst, Altenpflege und Sozialdiensten.

**12.15**

**Der Dienst in allen Einrichtungen gleich zu vergüten!**

12.16.

Dabei ist Studienanfängern der Zutritt zum Studium **erst nach Ableistung** des Pflichthalbjahres zu ermöglichen. Den jungen Menschen ist hierbei eine freie Auswahl ihres Platzes zu ermöglichen.

12.17.

Alle **rechtmäßig** in Deutschland lebenden Jugendlichen sind für dieses allgemeine Pflichthalbjahr heran zu ziehen, auch Jugendliche ausländischer Herkunft sowie Deutsche, die ihre Ausbildung im Ausland absolvieren möchten.

### Zusätzliche Anmerkung

Deutschland ist ein schönes Land. Dieses gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Veränderungen der letzten Jahre wurden oft nicht erkannt, bzw. nicht adäquat behandelt. Entscheidungen wurden gegen das Interesse des Volkes und der Bürger entschieden.

Im Ergebnis haben wir jetzt eine Situation, in der wir das Zusammenbrechen wesentlicher Aspekte unserer Gesellschaft befürchten müssen. Als Beispiel hierfür nennen wir die Rentenpolitik und die Gesundheitspolitik.

Um dieses zu verhindern sind grundlegende Veränderungen unerlässlich. Es ist die Aufgabe der Politik dieses nicht stillschweigend zu dulden, sondern die Bevölkerung aufzuklären und Lösungen anzubieten. Ziele zu beschreiben und den Weg dorthin zu ebnen. Nicht der Weg ist das Ziel, sondern wir als Nation brauchen ist ein Ziel, um dieses motiviert anstreben zu können. Die möglichen Kräfte, die dann freigesetzt werden können, haben Deutschland bereits einmal, nach dem 2. Weltkrieg, aufgebaut. Mit einem gemeinsamen Ziel können wir dieses auch diesmal erreichen. Nur ein starker Staat kann sozial sein. Dieses Programm ist die wesentliche Voraussetzung dafür. Wir brauchen Ihre Stimme – Ihre Unterstützung.

©2007 Andreas Akwara März 2007

BürgerBewegung-Duisburg

Postfach 31 01 24  
47254 Duisburg



